

# 4. Pflegepolitischer Dialog – Transkript

---

*Pflegende An- und Zugehörige stärken – häusliche Pflege in Berlin zukunftssicher gestalten. Was gehört in die nächste Koalitionsvereinbarung?*

7. September 2026, Abgeordnetenhaus von Berlin · Veranstalter: wir pflegen Berlin e.V. · Aufzeichnung des Zoom-Streams, Dauer der Tonaufnahme ca. 2 Stunden 8 Minuten · Stand: 24.09.2026

## Lesehinweise:

- Bei dem nachfolgenden Text handelt es sich um ein maschinell erstelltes Wortprotokoll. Es erfolgt keine sprachliche Glättung.
- Die Zeitmarken [h:mm:ss] beziehen sich auf die Aufnahme und helfen beim Nachhören.
- Die ersten Minuten der Aufzeichnung waren ohne Ton. Das Transkript beginnt deshalb mitten in der Begrüßung.
- Vor der Veranstaltung wurde darauf hingewiesen, dass die Veranstaltung aufgezeichnet wird und Bildaufnahmen erfolgen sowie darum gebeten, sich zu melden, wenn Vorbehalte bestehen.

## Begrüßung

**Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin)** [0:03:49]

[Der Ton der Aufzeichnung setzt mitten in der Begrüßung ein.] ... worüber wir heute sprechen, 20 Prozent der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt betreffen. Also insofern denke ich, ein sehr relevantes Thema. Doch nun wollen wir gerne die Gastgeberin des Hauses hören. Leider kann sie heute nicht bei uns sein, aber wie das heutzutage so ist, es gibt ja immer noch die Möglichkeit, uns digitale Grußworte zu schicken.

## Grußwort der Schirmherrin

**Cornelia Seibeld (Präsidentin des Abgeordnetenhauses, Video-Grußwort)** [0:06:06]

Sehr geehrte Frau Gebel, sehr geehrte Frau Prof. Dr. Meyer-Rötz, sehr geehrte Mitglieder des Vorstandes von wir pflegen, liebe Mitglieder des Abgeordnetenhauses, vor allem aber begrüße ich Sie, liebe Pflegende, Angehörige und liebe Gäste. Herzlich willkommen zum vierten pflegepolitischen Dialog im Berliner Abgeordnetenhaus. Leider kann ich heute nicht persönlich bei Ihnen sein, umso mehr freue ich mich aber, Sie auf diesem Wege begrüßen zu können. Sehr gerne öffnen wir unser Haus erneut für Ihren pflegepolitischen Dialog. Denn die wichtigen Fragen und Herausforderungen unserer Gesellschaft gehören hierher ins Parlament. Und dazu gehört auch der direkte Austausch mit den Menschen, die Sie betreffen. Die Pflege ist ohne Zweifel eine dieser großen Herausforderungen.

Unsere Gesellschaft wird immer älter, die Zahl der pflegebedürftigen Menschen wird weiter steigen. Damit stellt sich immer dringlicher die Frage, wie bewältigen wir die zusätzlichen Aufgaben und wie verteilen wir die damit verbundenen Belastungen. Mehr als sechs Millionen Menschen in Deutschland sind inzwischen pflegebedürftig. Rund 86 Prozent von ihnen werden zu Hause versorgt. Allein in Berlin sind deutlich mehr als 200.000 Menschen pflegebedürftig. Geschätzt 280.000 Angehörige kümmern sich um sie. Mehr als die Hälfte der Pflegebedürftigen wird ausschließlich von ihren Angehörigen

versorgt. Soweit die nüchternen Zahlen. Dahinter stehen Menschen, die jeden Tag sehr viel leisten. Sie investieren Zeit, Kraft und Zuwendung. Und sie tun das, weil sie ihre Angehörigen nicht alleine lassen und ihnen die bestmögliche Betreuung ermöglichen wollen.

Doch dieser Alltag ist häufig anstrengend und manchmal aufreibend. Jede Entlastung und jede Unterstützung kann deshalb einen wichtigen Unterschied machen. Genau hier setzen sie mit ihrer Arbeit an. Sie geben pflegenden Angehörigen eine gemeinsame Stimme und bringen Menschen zusammen, die ähnliche Erfahrungen machen und vor ähnlichen Herausforderungen stehen. Der Austausch mit anderen Pflegenden kann entlasten. Informationen über Unterstützungsangebote, finanzielle Hilfen und psychosoziale Beratung helfen dabei, den Pflegealltag besser zu bewältigen. Ebenso wichtig ist es aber, die eigenen Rechte und Ansprüche zu kennen und die gemeinsamen Anliegen gegenüber der Politik zu vertreten. Viele Abgeordnete wissen auch aus eigener Erfahrung, wie groß der Einsatz pflegender Angehöriger ist und welche Bedeutung ihre Arbeit für unsere Gesellschaft hat.

Ihre Situation zu verbessern, bleibt eine politische Aufgabe auf den verschiedensten Ebenen. Pflegende Angehörige leisten enorm viel. Deshalb brauchen sie gute Rahmenbedingungen. Wie können sie im Alltag besser entlastet werden? Wie lassen sich Pflege und Beruf miteinander vereinbaren? Und wie lässt sich verhindern, dass Menschen, die über lange Zeit Angehörige pflegen, dadurch selbst Nachteile erfahren? Auf diese Fragen gibt es keine einfachen Antworten. Umso wichtiger ist es, die Erfahrungen der Betroffenen zu hören und ihre Anliegen in die politische Beratung einzubeziehen. Deshalb ist der direkte Austausch mit pflegenden Angehörigen so wichtig für uns. Für Ihren heutigen pflegepolitischen Dialog wünsche ich Ihnen gute Gespräche, konkrete Ergebnisse und viel Erfolg für Ihre weitere Arbeit. Vielen Dank.

## Organisatorische Hinweise

### **Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin)** [0:09:49]

Ja, herzlichen Dank an Frau Seibeld. Bitte ich mitzunehmen. Gestatten Sie mir noch ein paar Hinweise, bevor wir im Programm fortfahren. Die Veranstaltung wird aufgezeichnet als Videoveranstaltung beziehungsweise als Video-Zoom-Streaming. Die Kamera ist dort hinten. Wenn Sie selber nicht gefilmt werden wollen, dann schauen Sie am besten nicht in die Richtung. Aber in aller Regel ist der Filmausschnitt auch so, dass nur die erste Reihe hier sozusagen gefilmt werden kann. Es sei denn, man springt dazwischen. Außerdem werden auch Fotos gemacht. Wer nicht fotografiert werden will und das Gefühl hat, er wurde fotografiert, der muss mir das bitte dann nach der Veranstaltung sagen. Dann würden wir entsprechend die Fotos aussortieren.

Anschließend haben wir ja noch ein Get-Together. Da wird es sicherlich die Möglichkeit geben, miteinander ins Gespräch zu kommen. Möglicherweise wird auch noch der eine oder der andere Abgeordnete dabei sein. Ich möchte einfach bitten, im Interesse aller, dass möglichst viele miteinander ins Gespräch kommen, die Gespräche so zu formatieren, dass man dann vielleicht von Zeit zu Zeit weiterzieht. Und eins ist mir auch besonders wichtig an dieser Stelle hinzuweisen. Wir haben ja einen Dialog. Da geht es eigentlich ums gesprochene Wort. Sie können aber, wenn Sie sich nicht zu Wort melden wollen, mit dem gesprochenen Wort, aber glauben, dass Sie was beizutragen haben, als eigene Erfahrung, als Idee, als Impuls, dann können Sie auf diese Karteikarten schreiben, die bei Ihnen auf den Sitzen gelegen haben.

Dicke Stifte dafür liegen immer zwischendurch. Vielleicht gucken Sie einfach dann rechts und links Ihre Nachbarinnen oder Nachbarn an und fragen, ob Sie den Stift mal haben dürfen. Und dann können Sie

nachher bei dem Gespräch diese Karten gerne meinen beiden Kolleginnen geben, die nachher mit den Mikrofonen rumlaufen. Und dann lesen die entweder die Frage oder den Hinweis vor oder geben ihn mir, dass ich ihn dann vortragen kann. Genau, denn keiner ist hier verpflichtet, etwas zu sagen. Jeder kann etwas sagen. Und von den Menschen, die sich vielleicht nicht trauen, selber was zu sagen, ist es uns genauso wichtig, deren Gedanken über diese Schiene auch hörbar zu machen.

So, nun möchte ich aber zur weiteren Einführung des Dialogs meinen Kollegen Heinrich Stocksclaeder nach vorne bitten. Er hat sich in besonderem Maße dafür eingesetzt, dass der Verein wir pflegen Berlin e.V. eine ziemlich umfangreiche Umfrage zum Thema Tagespflegenutzung in Berlin durchführen konnte. Und ich danke dir an der Stelle nochmal für dein ausgesprochenes Engagement, Heiner. Und genau daraus sind dann auch diese 16 Empfehlungen für zukünftige Koalitionsgespräche nach der nächsten Wahl vom Verein wir pflegen Berlin e.V. entstanden. Heiner, bitte deine Bühne.

## Einführung: Tagespflegestudie und 16 Vorschläge

### Heinrich Stocksclaeder (wir pflegen Berlin) [0:13:27]

Ja, auch herzlich willkommen von mir. Auf Ihren Sitzplätzen finden Sie 16 Vorschläge. 16 Vorschläge für die nächste Koalition. Und sie bauen insbesondere auf den Auswertungen und Bewertungen auf, die wir im Kontext unserer Studie zur Tages- und Nachtpflege gemacht haben. Dieser Studie ging ein Fachgespräch im Landespflegeausschuss voraus. Und Mitglieder des Landespflegeausschusses haben uns auch bei der Durchführung der Studie unterstützt. Die Tages- und Nachtpflege, die kann für pflegebedürftige und pflegende Angehörige ausgesprochen gewinnbringend sein. Und sie kann das Pflegesystem entlasten. Das sagt die Fachöffentlichkeit. Und doch nimmt in Berlin, wie im Bundesgebiet, nur rund 3 % der potenziellen Leistungsberechtigten das Angebot in Anspruch. Ein Paradox. Nachtpflege gibt es sogar kaum.

Wir hatten deshalb von Februar bis Mai 2026 pflegebedürftige Menschen und pflegende Angehörige gefragt als Experten in eigener Sache. 183 Antworten ausgewertet. Nicht repräsentativ, aber ernst zu nehmen, denn ihre Belastbarkeit beziehen unsere Ergebnisse aus der durchgängigen Spiegelung an der amtlichen Statistik, an Erhebungen der Senatsverwaltungen, an bundesweiten Pflegereporten und an weiteren Forschungsergebnissen. Und, so sieht es in der Tagespflege aus, Stellen Sie sich vor, ein Bus fährt halbleer durch die Stadt, während an der übernächsten Haltestelle Menschen warten, die den Fahrplan nicht kennen. Die Tagespflegen waren nämlich 2024 zu 77 % ausgelastet, aber rund jeder vierte Platz blieb leer. Gleichzeitig führten vier von zehn Einrichtungen eine Warteliste. Wer das Angebot nutzt, ist zufrieden.

90 % bewerten es mit gut oder sehr gut. An der Qualität liegt es also nicht. Woran liegt es dann? Wir haben die gefragt, die nicht kommen. Genannt werden, zu hohe Zuzahlungen, 63 %. Ein Leistungsanspruch, der den Bedarf nicht deckt, 53 %. Der Weg zur Einrichtung ist schwierig. Fehlende eigene Mittel, 45 %. Dass Ihnen das Angebot unbekannt sei, sagen 24 %. Das ist der am seltensten genannte Grund. Fazit. Nicht Unkenntnis hält die Pflegehaushalte fern, sondern Kosten, Leistungsgrenzen, Passung und Zugang. Hinzu kommt eine räumliche Ungleichheit, die sich nicht mit Bedarfsunterschieden erklären lässt. Die Nutzung schwankt in den Berliner Bezirken um den Faktor 4. Von 0,74 bis 2,99 Nutzende je 100 Pflegebedürftigen. Ob jemand die Tagespflege nutzt, hängt in dieser Stadt damit auch davon ab, wo er wohnt.

In einer Fußnote zum Landespflegeplan 2025 heißt es, für Berlin lägen nur wenige repräsentative und valide Daten zur Situation pflegender Angehöriger vor. Das ist eine ehrliche Feststellung. Rund 87 % der Pflegebedürftigen werden zu Hause versorgt. Frau Seibeld hat das eben noch aufgeführt. Über sie,

das Rückgrat der pflegerischen Versorgung, erhebt die amtliche Statistik kein einziges Merkmal. Kein Alter, keine Erwerbssituation, keinen Pflegeumfang. Deutlich mehr wissen wir jetzt mit unserer Befragung, denn das war das zweite Ziel. Sie liefert viele Befunde, die es für Berlin bisher nicht gab.

Bei fast 60 % übernimmt genau eine Person die Pflege. Diese eine Person ist oft selbst schon älter oder erwerbstätig. Von denen, die keine Tagespflege nutzen, pflegt rund ein Drittel über 40 Wochenstunden. Jede fünfte Person (ist) über 80. Also, mehr als ein Vollzeitjob für ganz viele dabei. Nahezu 70 % dieser ersten Pflegepersonen berichten von einer hohen bis sehr hohen Belastung. Rund 40 % sehen ihre Belastbarkeitsgrenze als erreicht oder überschritten. Und von den Erwerbstätigen rechnet die Hälfte, damit die Arbeitszeit reduzieren zu müssen. Das steht für eins. Dieses System steht nicht nur am Limit, sondern es ist höchstgradig gefährdet zu kippen.

Die Pflegestützpunkte werden von allen Anlaufstellen am besten bewertet und erreichen zugleich die wenigsten Menschen. Häufigste Informationsquelle ist die eigene Suche im Internet. Und über 20 % haben bisher überhaupt keine Beratung gesucht. Hier besteht also, wenn man das Erste denkt, kein Qualitätsproblem. Es besteht ganz klar ein Reichweitenproblem. In der Praxis bedeutet das, die Menschen finden die Beratung erst, wenn schon etwas schiefgegangen ist, nach dem Krankenhausaufenthalt, nach dem Sturz, wenn die Pflegeperson nicht mehr kann. Wir schlagen deshalb vor, wir müssen es umkehren. Beratung muss zu den Menschen kommen, nicht die Menschen auf die Beratung warten. Die Berliner Hausbesuche könnten hier helfen. Ganz oben auf der Wunschliste steht Information über Kosten und Eigenanteile. 85 % nennen das. Gleich dahinter kommt Information über konkrete Angebote in der Nähe und weitere Entlastungsangebote. Gefolgt von Hilfe dabei, Ansprüche geltend zu machen und durchzusetzen.

Und 40 % plädieren für eine Plattform, die freie Plätze und offene Bedarfe zeigt.

Aus der Befragung sind 20 Handlungsempfehlungen entstanden, bei denen wir sagen, nicht nur was, sondern wer, wann, mit wem er etwas machen sollte. Und daraus sind 11 Vorschläge für die nächste Koalitionsvereinbarung entstanden, die wir um vier, fünf weitere zu diesen 16 angereichert haben, die Sie jetzt vorfinden. Alles so formuliert, dass man über jeden Punkt einzeln entscheiden kann. Sie sind aktuell das einzige Papier, das die Perspektiven rund um dieses Rückgrat der pflegerischen Versorgung rund um die pflegenden An- und Zugehörigen bündelt. Der Schwerpunkt liegt aus unserer Sicht, damit es vorangehen kann, auf der bezirklichen Ebene.

Denn dort entscheidet sich, ob Bedarf und Angebot zueinander finden. Der Senat denkt mit seiner Landespflege-Strukturplanung auch in diese Richtung. In den Bezirken ist diese Entwicklung allerdings noch nicht angekommen. Es fehlen die nötigen Ressourcen. Notwendig aus unserer Sicht eine verbindliche Pflegestrukturplanung in jedem Bezirk, eine Pflegekonferenz, ein regelmäßiger Austausch aller Beteiligten, die an der Pflege mitwirken, gerade auch die Betroffenen selbst. Eine hauptamtliche Koordinierungsstelle und eine belastbare Datengrundlage. Zu der Datengrundlage liegt vieles längst vor. In der Pflegestatistik, bei den Pflegekassen, in der Begutachtung, in den Beratungsgesprächen. Es wird nur nicht erhoben beziehungsweise nicht zusammengeführt. Und es gibt Lücken. Für diese Lücken schlagen wir ein Monitoring vor in der häuslichen Pflege, dass die Betroffenen fragt, was an Belastungen und ungedeckten Bedarfen besteht, tatsächlich gebraucht wird und dass man endlich mal darüber nachdenkt und nachfragt auch, was wirkt.

Wir hätten uns diese Datengrundlage gewünscht, bevor der Landespflegeplan für Berlin geschrieben wurde und der PNOG-Entwurf für den Bund geschrieben wurde. Diese Reihenfolge lässt sich nicht mehr ändern. Für die Zukunft aber gilt, Planung, die auf Daten über die Betroffenen verzichtet, die plant an den Realitäten vorbei.

Sorge bereitet uns der Referentenentwurf des Pflege-Neuordnungsgesetzes. Die jährliche Dynamisierung der Leistungsbeträge ist überfällig und richtig. Zugleich wird mit den neuen Schwellenwerten der Zugang schwieriger, soll die Tagespflege vom Sozialraumbudget ausgeschlossen bleiben und die Leistungen, mit denen sich Zuzahlungen heute senken lassen. Umwandlungsanspruch, Verhinderungspflege, gemeinsamer Jahresbetrag entfallen in ihrer Form. Der Bund, der eigentlich die Tagespflege befördern will, der stellt sich so selbst ein Bein.

Zwei Sachen noch zum Abschluss und dafür bitte ich um zwei Minuten mehr. Eins möchte ich ausdrücklich sagen. Berlin hat in den vergangenen Jahren einiges auf den Weg gebracht. Der Landespflegeplan, die Bezirksprofile, eine Landespflegebeauftragte, das Altenhilfestrukturegesetz, präventive Hausbesuche, eine betroffenen Beteiligung im Landespflegeausschuss ist verankert. Gemessen am Ausgangspunkt früher sind das klare Fortschritte. Was fehlt, ist die Verbindung vieler Bausteine und die Ankommen in den Bezirken. Helfen könnte hier das angekündigte Landespflegegesetz. Der Landespflegeausschuss hat sich 2025 an die Abgeordneten gewandt und eine Stärkung der pflegebegleitenden Infrastruktur empfohlen. Dieses Anliegen hat sich nicht erledigt. Ganz im Gegenteil. Abschließend ein Wort zur Beteiligung. Allen an der Versorgung Beteiligten, insbesondere den Betroffenen selbst, stehen vier Online-Fragebögen zur Bewertung unserer Ergebnisse zur Verfügung.

Nach unserer Kenntnis ist dieser Weg in Berlin und ich wüsste auch nirgendwo sonst, bis es so noch nie gegangen wurde. Wir sind solitär damit. Nutzen Sie ihn. Und wir sind überzeugt, dass die Sicherstellung der pflegerischen Versorgung und eine realistische Planung und Steuerung nur mit dem Zusammenwirken aller Beteiligten und insbesondere auch mit dem Blick auf die Betroffenen gelingen kann. Das zu gewährleisten, ist Gegenstand und Ziel des Monitoring, das wir vorschlagen. Unterstützen Sie uns dabei. Herzlichen Dank. Eins habe ich vergessen. Das will ich noch nachholen. Uns haben viele unterstützt. Im Landespflegeausschuss, in den Projekten, in den Tagespflegen. Bei allen bedanken wir uns. Und vor allen Dingen bedanken wir uns bei den Betroffenen selbst, den Pflegebedürftigen und den pflegenden Angehörigen, die sich auch tatsächlich rangemacht haben, trotz eines knallvollen Tages sich an diesen komplexen Fragebogen ranzusetzen.

Und das wiederum zeigt, dass wenn man es richtig angeht, wenn man Menschen vermittelt, warum es Sinn macht, sich einer solchen Befragung zu beteiligen und man die Werbetrommel dafür rührt, ordentlich rührt und nicht nur alleine, wir als kleiner Verein, sondern mit allem, was der Landespflegeausschuss zu bieten hat, dann kann daraus was werden. Dann kann daraus auch was Großes werden. Und das wäre das, was der Stadt definitiv, das sind wir von überzeugt, definitiv weiterhelfen wird. Wir bringen das in den Landespflegeausschuss und wir hoffen da auf einen konstruktiven Dialog und auf Ihre Hilfe. Behalten Sie es mit im Kopf, lassen Sie uns darüber reden, schauen Sie sich unsere Unterlagen an und denken Sie an die Koalitionsvereinbarung. da steht einiges drin, was uns wichtig ist und was Sinn macht.

## **Block 1: Anerkennung, Beteiligung, finanzielle Absicherung**

### **Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin) [0:26:36]**

Ja, vielen Dank, Heiner, für diese knackige Einführung. Jetzt wollen wir endlich anfangen zu diskutieren und das läuft so. Ich werde jetzt gleich mein kleines, aber feines Podium nach vorne rufen. Dann werde ich den beiden jeweils eine Frage stellen, die Sie kurz beantworten mit einem kurzen Statement und dann sind Sie bereits dran. Es ist uns wichtig, dass jeder zu Wort kommt. Heute ist das Motto hören und gehört werden. Wir wollen positiv verstärken und wir wollen konstruktiv diskutieren, wo wir vielleicht nicht einer Meinung sind. Dabei, dass erfordert es, damit es nicht ausufert, dass wir die Redezeit ein

bisschen im Blick behalten und deshalb werden meine Kolleginnen ab und zu, wenn es zu lang wird, meine gelbe Karte hochhalten und das bedeutet dann, bitte zügig zum Schluss kommen.

Genau. Ja, also, dann darf ich zunächst einmal Frau Silke Gebel in ihrer Rolle als Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit und Pflege begrüßen. Herzlich willkommen. Des Weiteren, ich hoffe, du bist soweit, ich war immer ein bisschen im Zwiespalt, sage ich jetzt Heiner oder Herr Stocksclaeder. Also wenn ich von Heiner rede, dann meine ich Herrn Stocksclaeder. Er ist ja schon vorgestellt, Vorstandsmitglied von wir pflegen e.V. Hier im Abgeordnetenhaus gilt natürlich das parlamentarische Rederecht und deshalb freue ich mich, dass wir auch die anderen pflegepolitischen Vertreter der Fraktion aus dem Abgeordnetenhaus hier haben. Vielleicht stehen Sie, wenn ich Sie kurz vorstelle, ganz kurz auf, damit alle hier Sie mal kurz sehen.

Genau. Zunächst, ich mache es der Reihe nach, Herr Zander, pflegepolitischer Sprecher von der CDU. Herr Düsterhöft ist der pflegepolitische Sprecher von der SPD. Dann Herr Schulze, herzlich willkommen. Schön, dass Sie noch da sind von den Linken und Herr Ubbelohde von der AfD. Genau, und jetzt nehme ich mal Platz und würde gerne, Frau Gebel, nachdem mein lieber Kollege Heiner Stocksclaeder uns jetzt so auf die Reise mitgenommen hat, mal mit einer Frage an Sie beginnen. Vielen Dank übrigens, dass Sie bereit waren, auch als Vorsitzende des Ausschusses hier zu sitzen und in diesen Wahlkampfzeiten nicht nur als grüne Politikerin, die Sie sind. Wer also diese Fraktion noch vermisst hat, der weiß jetzt auch, Frau Gebel ist nicht nur Vorsitzende vom Ausschuss für Gesundheit und Pflege, sondern auch Politikerin der Grünen.

Meine erste Frage an Sie. Also wir beginnen ja unsere Empfehlung für die nächste Koalitionsvereinbarung mit A wie Anerkennung. Ich bitte Sie um ein kurzes Statement von zwei Minuten. Würden Sie mir beipflichten, dass Anerkennung die Grundlage für die Verbesserung der Situation von einer bestimmten Personengruppe ist? Und vielleicht können Sie uns mal sagen, wo hat in der jetzt ablaufenden Legislatur das Thema Anerkennung pflegender Angehöriger in den Diskussionen des Ausschusses sich niedergeschlagen? Gab es da so einen Moment, an die Sie sich erinnern können?

**Silke Gebel (Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit und Pflege) [0:30:44]**

Ja, erstmal vielen Dank für die Einladung und auch diese 16 Vorschläge für die nächsten Koalitionsvereinbarungen. Ich habe in der Vorbereitung auf dieses Gespräch heute in meiner Rolle in der Tat als überparteiliche Ausschussvorsitzende mir nochmal rausgezogen, was wir alles als Ausschuss gemacht haben, weil es ist ja der Gesundheits- und Pflegeausschuss und gemeinhin, wenn Sie in der Stadt unterwegs sind, wird immer gesagt, oh, der Gesundheitsausschuss und mir war wichtig, dass es auch der Pflegeausschuss ist. Und wir haben jede zweite Sitzung haben wir zum Thema Pflege gemacht und in der Tat die erste Sitzung oder eine der ersten Sitzungen, als ich dann auch, das hat aber nichts mit mir zu tun, sondern es haben wir auch, glaube ich, alle gemeinsam entschieden, war tatsächlich eine Anhörung zu dieser Frage Landespflege-Strukturplanung.

Da waren ja auch Angehörige, also da waren Sie ja auch da von wir pflegen und Sie waren ja ganz frisch zuvor in den Landespflegeausschuss gekommen und das war ja auch ganz klar noch von der Vorgängerregierung ein Zeichen, dass man pflegende Angehörige in den Strukturen verankern möchte, um diese Perspektive auch drin zu haben. Und ich habe mich eben auch, als Sie das vorgetragen haben, was ich mir auch tatsächlich aufgeschrieben hatte, als das, was in den letzten drei Jahren passiert ist, ob nicht auch tatsächlich diese Vertretung in dieser Struktur mit einem Beitrag hatte, dass diese Perspektive noch stärker gehört wurde, wobei ich auch sagen kann, und ich glaube, das kann ich auch für alle Leute im Ausschuss sagen, erstens, die Arbeit von wir pflegen leistet einen sehr wichtigen

Beitrag, dass pflegende Angehörige bei Abgeordneten und dem Parlament im politischen Raum sichtbar werden.

Also deswegen wollte ich einmal auch, Sie machen das ja ehrenamtlich zuvorderst, vielen, vielen Dank sagen. Und zweitens ist diese Frage, wie wir diese immer größer werdende Gruppe von pflegenden Angehörigen in einer Situation, wo wir nur reparieren können, Sie haben ja eben angesprochen, was von Bundesebene kommt. Eine, die uns sehr umtreibt und mit sehr vielen kreativen Lösungsvorschlägen immer wieder umtreibt. Das sind jetzt, glaube ich, mehr als zwei Minuten. Ich habe auch noch mehr, was ich sagen könnte, aber Sie können ja noch mal nachfragen. Genau.

**Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin) [0:32:59]**

Wir werden sicherlich noch die eine oder andere Frage austauschen. Ja, vielen Dank erst mal. Ich nehme mal mit, der Verein wird wahrgenommen. Das finde ich schon mal großartig. Als Anwalt von pflegenden Angehörigen. Genau. Das ist ja sozusagen. Das ist das Entscheidende. Genau. Und dass jedes zweite Mal im Ausschuss jetzt dann auch über Pflege Themen gesprochen wird, finde ich auch sehr wichtig. Genau. Heiner, auch von dir bitte ein kurzes Statement, maximal zwei Minuten. Das Thema Anerkennung hat für den Verein ja ganz offensichtlich auch mit struktureller Einbindung, Beteiligung und auch mit finanzieller Sicherheit zu tun. Könntest du vielleicht zwei Praxisbeispiele nennen, an welchen Stellen sich aus Ihrer Sicht oder deiner Sicht in der nächsten Legislatur etwas niederschlagen sollte in diesem Bereich?

**Heinrich Stocksclaeder (wir pflegen Berlin) [0:34:03]**

Anerkennung ist für uns keine Geste, sondern ganz klar auch eine Frage von Struktur und Geld. Beides hängt auch miteinander zusammen. Wir sind, Frau Gebel sagte, wir sind ehrenamtlich tätig. Wir wirken in immer mehr landesweiten Gremien mit und würden das auch gerne auf der bezirklichen Ebene machen. Wir bringen die Sicht der Betroffenen ein und wir füllen Lücken mit eigenen Befragungen. Das haben wir 2021 mit der einzigen Pandemie-Studie gemacht, die hier für Berlin angefertigt wurde. Das haben wir jetzt mit der Tagespflegestudie wieder gemacht. Das zeigt, was wir leisten können. Aber ohne eine verlässliche Finanzierung aus öffentlicher Förderung ist das auf Dauer nicht zu leisten. Zweiter Punkt. Rund 40 Prozent der Hauptpflegepersonen in unserer Befragung sehen ihre Belastungsgrenze als erreicht oder überschritten an. Mit den Erwerbstätigen, sagte ich, war es die Hälfte, die daran denkt, die Arbeitszeit zu reduzieren. Die brauchen zur Ergänzung, zur Würdigung und Wertschätzung ihrer Leistung verlässliche Rahmenbedingungen, sowohl auf der Bundesebene, aber auch, und da kann Berlin darauf hinwirken, aber auch auf der Landesebene brauchen wir ein bedarfsdeckendes Angebot vor Ort und niedrigere Zuzahlungen. Und im Bereich der Zuzahlungen kann das Land auch darüber nachdenken, die Investitionskosten zu übernehmen und damit die finanzielle Belastung für die Angehörigen zu reduzieren.

**Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin) [0:35:47]**

Vielen Dank, Heiner. Ja, zwei Impulse. Dann würde ich gerne gleich ins Publikum gehen. Gibt es in diesem Bereich Anerkennung, Beteiligung und finanzielle Absicherung? Fragen, Impulse? Was haben Sie für Erfahrungen gemacht? Geht es Ihnen ähnlich? Haben Sie selber auch die Erfahrung gemacht, dass das Geld, wenn man pflegt, immer knapper wird? Haben Sie vielleicht positive Erfahrungen im Bereich Anerkennung in der Stadt gemacht? Keiner? Ja, doch, wunderbar. Genau. Vielleicht stehe ich mal einfach auf zwischendurch.

**Antonia Schwarz (Seniorenvertretung Steglitz-Zehlendorf) [0:36:40]**

Mein Name ist Antonia Schwarz. Ich bin vom Vorstand der Seniorenvertretung Steglitz-Zehlendorf. Das ist ein Bezirk mit einem hohen Anteil an älteren Menschen. Also 30 Prozent über 60, fast 10 Prozent

über 80. Und deswegen wäre für uns eine Zusammenarbeit mit wir pflegen auf der bezirklichen Ebene durchaus sehr wünschenswert. Wir hören zum Beispiel auch, dass Kurzzeitpflege oder auch andere Pflegeformen, die zum ambulanten Bereich zählen, oft in Brandenburg wahrgenommen werden, weil im Bezirk das Angebot zu niedrig ist. Aber meine Frage ist jetzt nun, was bräuchte es denn konkret, um dann auch auf der bezirklichen Ebene durch Ihren Verein zu unterstützen? Das wäre noch sinnvoller, wenn wir das konkreter wissen würden. Dann könnten wir zum Beispiel als Seniorenvertretung uns auch in den entsprechenden Gremien dafür einsetzen. Danke sehr.

**Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin)** [0:37:52]

Verstehe ich jetzt mal als eine direkte Frage an dich, Heiner, vielleicht? Also die Frage ist, was bräuchten wir ganz konkret, um auch im Bezirk, in Gremien stärker mitarbeiten zu können? Genau, also unsere bezirkliche Präsenz zu verstärken.

**Heinrich Stocksclaeder (wir pflegen Berlin)** [0:38:21]

Mit dem, was wir jetzt auf der Landesebene machen, sind wir auf der Vorstandsebene mehr wie ausgelastet. Klarer Appell an alle, die hier zuhören, werden Sie Mitglied bei wir pflegen. Und nehmen Sie das, was Sie hier mitbekommen haben, was wir leisten können, als etwas, was Ihnen zeigt, dass es sich lohnt, auch sich für einen solchen Verein zu engagieren. Sind es mehr, dann können wir auch anders darüber nachdenken, als das, wie es bis jetzt gewesen ist. In Treptow-Köpenick sind Vereinsmitglieder mit aktiv gewesen, im runden Tisch dabei, aber in den anderen Bezirken nicht. Und um das organisieren zu können, um so dafür auch werben zu können, Menschen auch fitter dafür zu machen, sich zu trauen, auch auf einer bezirklichen Ebene die Stimme zu erheben, das schließt sich mit dem ersten Punkt von dem, was ich sagte.

Das schafft man nicht mehr ehrenamtlich. Dafür brauchen wir eine feste Struktur. Nicht nur eine Adresse, die wir haben, oder eine Webseite, die wir gut mittlerweile gefüllt haben, sondern eine Stelle, wo ein Mensch ist, der beauftragt werden kann, bestimmte Dinge dann zu tun und voranzutreiben. Und ganz platt heißt das schlichtweg Personal und Sachkosten.

**Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin)** [0:39:52]

Ja, vielen Dank. Weitere Wortmeldung? Ja.

**Manuela Garst (pflegende Angehörige, Gründungsmitglied wir pflegen)** [0:39:56]

Also mein Name ist Manuela Garst. Ich bin auch Mitglied von wir pflegen, Gründungsmitglied. Und ich habe seit Jahren, seit mal 23 Jahren jetzt meine Familie gepflegt. Und am 14. Juni diesen Jahres platzte mir dann irgendwann mal der Kragen, als ich die politische Debatte mitbekam, dass also Kürzungen anstehen bei den pflegenden Angehörigen, dass man die Rentenpunkte nicht mehr im vollen Umfang bekommen sollte. Und dann habe ich doch tatsächlich mir mal den Mut gefasst und einige Abgeordnete angeschrieben per Mail. Muss leider sagen, dass ich nur von einer Partei eine Rückmeldung bekommen habe und von der Pflegebeauftragten wohl aus Berlin. Da hat aber das Büro geantwortet und mich erst mal mit Herr Garst angesprochen.

Was mich also dazu bewegte, zu sagen, dass meine Geschichte eigentlich gar nicht richtig gelesen wurde. Und was mir dann wiederum sagt, die Wertschätzung, die man dann da erfährt und bekommt, ist für mich immer gleich null. Also wir pflegenden Angehörigen tun einfach alles. Wir kürzen unsere Arbeitszeit. Wir machen teilweise sogar oder lassen unsere Arbeit weg. Wir verlieren die Arbeit durch die Pflege. Und das ist mir auch passiert. Also ich habe einen Job verloren, habe jetzt wieder einen neuen gefunden. Meine Mutter ist krank geworden zwischenzeitlich und sehr stark erkrankt. Und ich hatte schon wieder überlegt, tatsächlich diesen Arbeitsplatz schon aufzugeben. Habe mich aber gegen entschieden, weil ich für mein Alter auch was tun möchte.

Denn ich werde wahrscheinlich mal Grundsicherungsempfänger sein. Ich habe von den 23 Jahren Pflege, ich glaube, bis zum 21 Jahre vollgearbeitet und jetzt neuneinhalb Jahre Teilzeit. Ich habe jetzt wieder einen Teilzeitjob angenommen. und egal, wie lange ich noch arbeite, ich werde immer im Niedrigsektor bleiben, auch mal ein Grundsicherungsempfänger. Und das ist also nicht nur, dass das Pflegegeld hier eine Debatte ist, sondern der Mensch, der pflegt, der muss einfach gesehen werden. Und da brauchen wir tatsächlich die Politik, die da auch mal einschreitet. Und ich will auch mal gehört werden als Einzelmensch zwar, aber ich würde mich freuen, wenn auch mal jemand antwortet, wenn ich was schreibe.

**Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin) [0:42:19]**

Ja, vielen Dank, Manuela. Frau Gebel, wollen Sie dazu? Oder wir können auch erst mal sammeln, wenn es noch eine Wortmeldung gibt. Nee, Conny hatte nur die gelbe Karte gezeigt. Genau. Perfekt.

**Frau Barki (Beirat der pflegenden Angehörigen) [0:42:39]**

Hallo, also mein Name ist Barki und ich bin Mitglied im Beirat der pflegenden Angehörigen. Ich war schon letztes Jahr hier und hatten darüber gesprochen, ja, dass ich ziemlich viel, also ich weiß, ich habe Kinder auf dem Buckel, ich habe meine Eltern auf dem Buckel und ich mache auch Nachbarschaftshilfe. Das heißt also, ich bin eigentlich der Lückenbüsser des Systems. Wenn Sie irgendwas fallen lassen, fange ich es auf. Sei es in Pflegeeinrichtungen, die keinen Platz haben oder wo Beratung plötzlich fehlgeschlagen ist, weil das, wie es auch manchmal ist, Wartelisten entstehen oder auch in Schulen. Also ich kann eine lange Liste. Das Problem ist, wir werden nicht gesehen bzw.

anerkannt, weil wir sagen, ach na ja, Sie sind ja wieso nur pflegende Angehörige? Wenn Sie versuchen, irgendwo zu sehen, müssen Sie in der Politik irgendwo anfangen, nicht nur über Pflege auf stationäre Basis zu reden, über auch Ärzte, nein, die pflegenden Angehörigen, die zu Hause sind, was die alles auffangen. Holen Sie uns mit ins Boot. Wir sind ja hier offen. Wir wollen ja mit denen reden, aber Sie müssen uns auch zuhören und dann muss das auch weitreichend, dass pflegende Angehörige, ja, das ist eigentlich ein sehr langer Teil ihres Lebens mitmachen. Also sei es wie bei Kindern, die machen das seit Geburt an. Das sind 20 Jahre bei manchen und weitaus mehr.

Das ist nicht wenig. Also holen Sie uns mit ins Boot. Also man muss uns, da muss der Arzt oder auch die Krankenschwester auch einsehen. Das ist die pflegende Angehörige und das weiß Sie. Wir wissen dann manchmal mehr als, ja, bevor sich da die neue Armee erst mal anschauen. Das kommt aber, das müssen Sie aber erst mal übertragen von der Politik, dass man uns mit ins Boot und auch wahrnehmen muss und nicht nur so am Rand, ach na, da ist der pflegende Angehörige, der fängt da schon auf. Geschweige von der finanziellen Sicherheit. Da ist auch noch mal ein Topf drauf. Da komme ich noch mal dazu.

**Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin) [0:44:22]**

Okay, ja, alles klar. Vielen Dank. Ich habe jetzt rausgehört, Finanzen ist ein wichtiges Thema, aber auch die Wahrnehmung im Alltag im Grunde genommen, also um eins zu eins. Das ist das, was ich rausgehört habe. Frau Gebel scharrt schon mit den Hufen, möchte gerne was dazu sagen. Ich würde ansonsten auch gerne den pflegepolitischen Sprechern die Möglichkeit geben, vielleicht sich dazu zu positionieren. Aber fangen wir mal mit Ihnen an, Frau Gebel.

**Silke Gebel (Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit und Pflege) [0:44:59]**

Genau, ich wollte mich nur einmal stellvertretend für alle unbeantworteten Mails entschuldigen. Das ist nicht okay, das tut mir total leid, das ist, manchmal rutscht was durch, also wenn ich es war, aber ich würde es mal stellvertretend für alle sagen, offensichtlich haben Sie ja von mehreren keine Antwort bekommen. Ich fand bei der Debatte auf der Bundesebene um die Kürzung im Pflegebereich, aber

auch im Krankenkassenbereich sehr unverständlich und ich hoffe, es wird auch noch vom Tisch kommen und wir haben das auch im Ausschuss alle miteinander kritisch hier im Berliner Landesparlament gesehen, dass im Pflegebereich die Kürzungen sehr, sehr, sehr stark zu Lasten der pflegenden Angehörigen gehen. Und Sie haben das ja angesprochen mit der Rentenfrage und wir haben jetzt die Zahlen eben eindrücklich an ein, zwei Stellen gesehen.

Über 200.000 Menschen leisten hier eine unsichtbare Arbeit, wenn man sozusagen so will, die aber elementar ist, dass das Sozialsystem funktioniert und damit unser Zusammenleben funktioniert. Und ich hatte letzte Woche mit jemandem aus dem BMG gesprochen, aus diesem Stab von dem neuen Minister und ich habe so ein bisschen die Hoffnung, dass das noch zurückgenommen wird. Aber wir sind alle nicht im Bundestag und das war das, was ich vorher noch eingangs versucht habe zu sagen. Wir reparieren hier das, was von der Bundesebene verhandelt wird und ich halte es auch für sehr bedauerlich und vielleicht müssen wir das auch mal nach der Wahl dann auch noch mal angehen, dass die Leute, die auf Bundesebene die Verantwortung tragen, auch mal hier im Parlament, also weil wir ja quasi vor Ort dann am Ende die sind, die es umsetzen müssen, quasi Rede und Antwort stehen und auch ein Stück weit begründen, warum sie das machen beziehungsweise dann auch den Unmut wieder zurücknehmen, weil ansonsten kann man es ja nicht verändern.

Aber ansonsten kann ich nur sagen, es ist jetzt gerade, es gibt ja auch einige Demonstrationen, wo noch mal sehr viel Druck gemacht wird und ich weiß, dass da auch mehrere Parteien zu aufrufen, das ist jetzt nicht nur das, was ich denke. Aber ich glaube, es ist notwendig, dass, ich meine, der Grund, warum es diese Verkürzung gab, war ja, dass gesagt wurde, dass hier die, dass die Löhne quasi stabil gehalten werden, aber das kann nicht zulasten derer gehen. Ja, ich rede zu lange. Entschuldigung. Okay, also, aber der Punkt ist, glaube ich, deutlich geworden.

**Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin)** [0:47:32]

Ja, vielen Dank, Frau Gebel. Herr Ubbelohde, Herr Schulze, war das bei Ihnen dann auch eine Meldung? Ja, genau. Genau, drehen Sie sich ruhig um, aber ein Mikro brauchen Sie trotzdem.

**Carsten Ubbelohde (AfD)** [0:47:50]

Vielen Dank, ich habe ein lautes Organ, aber...

**Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin)** [0:47:51]

Genau, die gelbe Karte haben Sie alle wahrgenommen, die sitzt da im orangefarbenen...

**Carsten Ubbelohde (AfD)** [0:47:55]

Ja, die gelbe Karte geht ja noch, solange es kein rot ist. War ausnahmsweise mal nicht politisch gemeint. Also, die Säule der pflegenden An- und Zugehörigen im Übrigen auch, ist bedeutsam und ich glaube, das ist in der Politik bei allen angekommen. Das ist keine Frage. Wir müssen natürlich auch sehen, wie wir das unterfüttern mit einer nicht nur verbalen Anerkennung, sondern mit einer tatsächlichen. Und da sind wir alle gefordert, auch in den jeweiligen Bundesgremien, in denen wir alle natürlich auch sind und in denen wir uns alle auch einbringen. Ich zum Beispiel im Bundesfachausschuss. Und das ist ein wichtiger Punkt, den wir zum Beispiel als AfD-Fraktion gesetzt haben, in dem wir gesagt haben, wir brauchen eine Gesamtstrategie für die Pflege und haben eine Anregung der Landespflegebeauftragten aufgenommen, die genau gesagt hat, okay, daran mangelt es.

Und ein zweiter Punkt ist natürlich auch, dass wir sagen müssen, es ist wichtig, dass wir den Inflationsausgleich, den wir über Jahre nicht erhalten haben hier in der Pflege zu Hause, dass das aufgehoben wird und dass das verbessert wird. Denn die Pflegesituation ist ja bei den pflegenden An- und Zugehörigen ja deswegen auch so prekär, weil im Grunde sie von der Hand in den Mund leben. Und das ist einfach nicht hinnehmbar und ist auch nicht fair für die bedeutende Arbeit, die sie zu Hause

bei den zu Pflegenden erbringen. Und zwar jeden Tag, Tag und Nacht. Und das wird schon auch gesehen. Und deswegen haben wir ja auch gefordert, dass entsprechendes Pflegegeld deutlich angehoben wird und sich orientiert an der Pflegesachleistung, um den Part der pflegenden Angehörigen eben genauso zu würdigen, wie die der ambulanten Pflegedienste, die ich dabei ausdrücklich auch unterstreiche, die auch rein eine wichtige Position, eine wichtige Aufgabe.

Aber die pflegenden Angehörigen, die brauchen eben auch diese finanzielle Basis und Unterstützung, die ihr in den letzten Jahren eben nicht zuteil geworden ist und auch durch verschiedene Gesetzgebungen eben nicht zuteil wurde. Und ein letzter Punkt. In der Pflege, in den Pflegekassen fehlen immer noch 5 Milliarden Euro, die zur Zeit der Corona-Maßnahmen abgezogen worden sind und nicht wieder zurückgezahlt worden sind. Das ist auch ein Teil der Wahrheit. Das muss man auch an dieser Stelle auch mal sagen. Dankeschön.

**Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin)** [0:50:08]

Herr Schulze als nächstes. Ich glaube, wir müssen Mikro nehmen, Herr Schulze, weil sonst ist das im Stream nicht zu hören.

**Tobias Schulze (Die Linke)** [0:50:26]

Ich habe gesagt, in Sachsen-Anhalt wird sich die Pflegesicherheit, die Situation deutlich verbessern in den nächsten 5 Jahren. Gucken wir mal. Ich wollte sagen, vielen Dank für diese Anregung. Es ist ehrlich gesagt beste Politikberatung, wenn Sie Koalitionsvertragstexte vorschreiben. Besser geht es gar nicht. Damit kann man sehr viel anfangen. Und ich habe drei Sachen jetzt rausgezogen erst mal. Also ich glaube, ist nicht mein erster Dialog hier. Die Anerkennung der Situation der pflegenden Angehörigen sozusagen als Gruppe, als Gruppe, die auch eine tragende Aufgabe in der Gesellschaft wahrnimmt. Ich glaube, das ist erst mal entscheidend. Also auch sozusagen überhaupt das Mindset mitzunehmen und zu sagen, diese tragende Gruppe, 200.000 Menschen in der Stadt, müssen anerkannt werden und ihre Arbeit, die sie für die Gesellschaft leisten, muss anerkannt werden.

Das ist keine Privatsache, häusliche Pflege, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe. Das ist Punkt eins. Punkt zwei, eine Sache, die Berlin, glaube ich, machen kann, ist Bürokratie abzubauen. Also ich habe immer mitgenommen aus den Gesprächen mit den pflegenden Angehörigen, Sie nicken auch gerade alle, dass es einfach viel zu aufwendig ist, die Angebote, die es von der Stadt oder von Trägern auch gibt, anzunehmen oder dass einfach schlichte Dinge wie ein Parkplatz von dem Bürgeramt sozusagen einfach nicht die Norm sind, sondern dass ihnen viele Steine und Hürden in den Weg gelegt werden bei der Pflege ihrer Angehörigen. Und das ist natürlich auch eine Sache, die können wir regeln. Das sind Dinge, die können die Bezirke und kann das Land in Berlin machen.

Die kostet auch erst mal kein Geld, jedenfalls kein großes Geld, sondern da geht es wirklich darum, ihnen den Alltag einfach schlicht zu erleichtern. Und einen dritten Punkt, den habe ich mitgenommen und das ist die Frage der Pflegestrukturen in Berlin. Also wir wissen, dass der Pflegebereich einfach zu ungeregelt ist und dass wir insbesondere wenig Transparenz in dem Bereich haben. Das wurde auch gerade schon erwähnt. Wir haben fast keine Daten darüber. Es gibt keine integrierte Pflegeplanung. Wenn irgendwo Pflegeplätze, sei es jetzt Kurzzeit oder stationäre Pflege wegfallen, dann passiert das einfach, ohne dass eigentlich jemand da richtig sozusagen die Hand drauf hat und Bescheid weiß darüber und sich auch Gedanken macht darüber, welche Ersatzmöglichkeiten oder Ersatzplätze geschaffen werden.

Ich glaube, das müssen wir ändern. Wir brauchen eine integrierte Gesundheits- und Pflegeplanung, wo Versorgungsangebote, Kurzzeitpflege, stationäre Pflege, aber auch zusammen mit der Gesundheitsversorgung, wo das zusammen in einen Bedarf, sozusagen Bedarfsanalyse und dann auch in eine Strukturplanung gemacht wird. Wir hatten das schon mal im Koalitionsvertrag stehen. Die

Gesundheits- und Pflegeverwaltung hat damit auch angefangen, aber es ging da nicht weiter aufgrund von Krisen und so weiter. Und ich glaube, das sollten wir dringend tun, dass wir für die kommende Legislaturperiode wieder so eine integrierte Bedarfsplanung annehmen, weil das ist die Grundlage von jeder guten Pflege, von jeder guten sozusagen Ausstattung in der Pflege und den Unterstützungsangeboten, die Sie brauchen, wenn Sie mal Urlaub machen wollen und so weiter. Danke.

**Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin)** [0:53:13]

Ja, vielen Dank. Herr Düsterhöft, wollten Sie auch noch was sagen? Und Herr Zanner? Weil, wie gesagt, jeder hat die Möglichkeit, wenn er möchte. Ja, genau. [kurzer Wortwechsel zum Mikrofon]

**Lars Düsterhöft (SPD)** [0:53:41]

Also ich glaube, jetzt wurde ja schon ganz viel gesagt und keiner wird widersprechen, wenn es darum geht, pflegende Angehörige und Zugehörige und wir anzuerkennen. Und wir alle, wir im Land Berlin, sehen, welche Reformen beziehungsweise Kürzungen es auf Bundesebene gibt. Und da hat die Ausschussvorsitzende ja auch schon gesagt, dass wir uns ja auch schon klar positioniert haben im Ausschuss und die Probleme, die auf einer anderen Ebene geschaffen werden, dann vor Ort sehen und auch scharf kritisieren. So und, aber am Ende des Tages hilft das tatsächlich Ihnen nicht weiter, dass wir es hier besprechen als Landtagsabgeordnete oder kritisieren, sondern da braucht es tatsächlich eine andere Politik auf der Bundesebene.

Das einmal. Ich glaube, zwei, also zwei Punkte sind mir nochmal wichtig. Ich glaube, diese Bedarfsplanung, die kann man machen. Gar keine Frage. Verändert aber nichts. Und deswegen sollte man auch nicht meinen, dass eine Bedarfsplanung irgendetwas hier im Land Berlin verändert, weil die Pflege ist privatwirtschaftlich organisiert. Ich komme aus der Pflege. Ich habe auch bei einer Hauskrankenpflege gearbeitet, sechs Jahre lang am Bett und bin noch nebenberuflich ein bisschen in der Pflege tätig. Also es gibt einen kleinen Player wie Vivantes, der ein bisschen was macht. Da haben wir als Land Berlin indirekt ein bisschen Einfluss, aber nur, weil jetzt ein Abgeordneter sagt, wir bräuchten dort noch ein Pflegeheim, stationäre Pflege, dort noch eine Tagespflege.

Da sagt auch Vivantes nicht: Hurra, das machen wir jetzt. Wir machen uns jetzt auf die Suche nach einer Immobilie. Das ist Quatsch. So und deswegen, wir können die Bedarfe aufschreiben, wir können Bedarfe ermitteln. Am Ende des Tages wird aber dadurch nicht eine Struktur maßgeblich verändert, sondern tatsächlich bestimmt es einfach der Markt und wir wissen alle, wie das läuft. In der stationären Pflege gibt es lange Wartelisten beziehungsweise ist der Fachkräftemangel das Entscheidende, wo wir ein massives Problem haben. Und wir werden ja auch sehen, wie es in Sachsen-Anhalt beispielsweise jetzt sich verändert mit dem Fachkräftemangel. So und der letzte Punkt, ich sehe die Karte. Ich glaube, das, was ganz besonders hilfreich wäre und was wir noch viel besser machen können, ist tatsächlich die Beratung und Unterstützung im Alltag für die Angehörigen und Zugehörigen ausbauen und das noch viel stärker in den Mittelpunkt zu nehmen.

Also nicht nur die Bedarfe von den pflegebedürftigen Menschen, sondern die Bedarfe von den Angehörigen in den Mittelpunkt zu nehmen und zu sagen, okay, wie geht es Ihnen gerade? Wo können wir Sie entlasten? Welche Entlastungsangebote gibt es im Kiez vor Ort? Reha etc. pp. Und das viel stärker noch mal in den Mittelpunkt zu ziehen, auch beispielsweise bei den Pflegestützpunkten.

**Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin)** [0:56:36]

Ja, vielen Dank, Herr Düsterhöft. Und jetzt hören wir noch Herrn Zander.

**Christian Zander (CDU)** [0:56:43]

Genau, wir haben ja hier in dem Format ja extra keine Podiumsdiskussion, aber da man jetzt auch so gezielt darauf angesprochen worden ist, machen wir das mal jetzt so als ähnliches Format. Ich möchte nur zwei Sachen ergänzen. Das eine ist, Herr Lindemann hat ja als erstes auch schon fast zu Beginn seiner Amtszeit gesagt, dass er das mit der Anrechnung der Rentenpunkte, dass diese Kürzung mit ihm nicht zu machen sei. Aber er muss natürlich erst mal schauen, wo man an anderer Stelle dann eine Veränderung vornimmt, um das Defizit zu reduzieren. Aber das ist auch ein Punkt gewesen, der den pflegepolitischen Sprechern aus unseren Landtagsfraktionen auch das wichtigste Anliegen eigentlich auch war, was zu korrigieren war an diesen Plänen.

Das Zweite ist, ähnlich wie Herr Düsterhöft, man kann so eine bezirkliche Planung machen, aber wir haben ja auch viele Anbieter, die privat für sich organisiert sind, sind ja auch in mehreren Bezirken aktiv. Da schwimmen ja die Grenzen. Ich weiß nicht, ob es jetzt so das erste Anliegen sein müsste, dass wir so eine Planung machen, sondern vielmehr ist wichtiger, dass man die Initiativen, die es gibt, besser fördert, dass man da mit der Bürokratie ein bisschen zurücknimmt, dass man sich auf jeden Fall unterstützt. Auch jetzt, ein Verein hatte sich auch an mich gewandt, die wollten irgendwie gerne eine Pflegeeinrichtung auch gründen und die waren jetzt bei der Frage, Mensch, wo finde ich jetzt eigentlich überhaupt eine geeignete Stelle, um diese Einrichtung zu eröffnen?

Wo gibt es geeignete Flächen? Dann habe ich darauf hingewiesen, dass es da eine Fläche gibt, wo mal eine Einrichtung von Vivantes war, die aber seit Ewigkeiten brach liegt, weil die das eben auch nicht umsetzen konnten und wollten. Aber dann hat Vivantes gesagt, ja, wir planen trotzdem noch da was zu machen. Und dann ist halt die Schwierigkeit für diejenigen dort eine geeignete Fläche zu finden und ist auch gerade gut, dass man hier viel mehr Rückenwind bieten muss, wenn es solche Initiativen noch gibt. Ich denke, da haben wir doch noch einiges aufzuholen, weil wir dadurch vieles auch versäumen, an Unterstützung zu liefern, was die Akteure, die hier unterwegs sind, auch wirklich zu leisten in der Lage sind.

Also da verschenken wir viel Potenzial und da müssen wir aus meiner Sicht auch ein Schwerpunkt sein. Und da finde ich es aus meiner Sicht besser, wenn es da eine klare Struktur gäbe und man das auf Landesebene sehr stärker bündeln kann, als jetzt die Bezirke damit zu beteiligen. Gut ist es, dass wir diese Altenhilfestrukturplanung machen, die ja als bezirkliche Planung gilt, aber auch als Landesplanung auch ist. Aber ob wir das gleich auch wieder für die Pflege unbedingt so machen müssten, eins zu eins, sehe ich nicht, weil da auch die Zuständigkeiten in diesen Bereichen auch anders sind in beiden Bereichen. Vielen Dank.

**Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin) [0:59:05]**

Ja, vielen Dank, Herr Zander. Auch wenn das natürlich nicht als Podiumsdiskussion, als reine angedacht ist, finde ich es aber sehr gut, dass Sie alle Ihre Meinung dazu gesagt haben und das auch deutlich gemacht haben. Ich glaube, das ist auch sehr wertvoll für die pflegenden Angehörigen. Und zu den einen oder anderen Punkten werden wir auch in unseren anderen Blöcken noch was sagen. Mich juckt es tatsächlich hier gelegentlich auch aus meiner Moderationsrolle rauszugehen. Aber das ist ja nicht meine Rolle heute, genau. Ach, es gibt noch eine Wortmeldung. Okay, dann nehmen wir die noch mit und danach würden wir uns dann mal den nächsten Block angucken, würde ich vorschlagen, aber bitte.

**Almut Maas (Polizei Berlin, Netzwerk pflegende Angehörige) [0:59:54]**

Mein Name ist Almut Maas. Ich arbeite in der Polizei Berlin und wir haben ein ganz tolles Netzwerk pflegende Angehörige, auf Initiative einer Kollegin. Das ist momentan so, dass wir uns einmal im Monat irgendwo in der Stadt treffen dürfen, um uns auszutauschen. Und das stärkt unglaublich gut viel. Aber das, was hier steht, es wäre notwendig, Treffen auf Bezirksebene, und das bedeutet nicht Bezirksamt

oder irgendwas, sondern alle Behörden sollten, da sollten die Mitarbeiter die Möglichkeit bekommen, dass sie sich in ihrem Heimatbezirk treffen können, innerhalb der Arbeitszeit, um sich auszutauschen, wie kann ich jetzt die Pflege bei mir im Bezirk Pankow mit meinen Angehörigen am besten managen. Das ist, weil wenn ich mich in Lankwitz treffe, innerhalb der Polizei Berlin, ja, das stärkt auch.

Man kann sich austauschen, aber es wäre besser, wenn es noch mehr Möglichkeiten gäbe, sich zu treffen. Und die Räumlichkeiten sind da in den Behörden. Es bräuchte nur noch mehr Möglichkeiten, dass man sich da trifft.

## **Block 2: Beratung, Information und Zugang (Vorschläge 4 bis 7)**

### **Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin) [1:01:23]**

Ja, vielen Dank. Ein klares Votum für bezirkliche Aktivität auch, habe ich da jetzt rausgehört. Werden wir gleich noch drüber sprechen. Also bis zum dritten Block werden wir noch kommen, denke ich, auf jeden Fall. Auch bei reger Beteiligung, für die ich mich sehr bedanke. Und im dritten Block geht es genau um Angebote vor Ort und Koordination im Bezirk. Für die, die Sie noch nicht gelesen haben, unsere Empfehlungen, die liegen bei Ihnen auf den Stühlen. Tun Sie es ruhig im Nachgang zu unserem Dialog. Dann wissen Sie auch, warum ich hier von Blöcken rede, weil wir unsere Empfehlungen in bestimmte thematische Blöcke aufgeteilt haben. Unser Block 2, da geht es um das Thema Beratung, Information und Zugang.

Wer da nachlesen will nachher, das sind die Vorschläge 4 bis 7. und da würde ich als Impulsfrage jetzt wieder eine Frage an Herrn Stocksclaeder, an Heiner stellen. Heiner, die Tagespflegebefragung zeigt, das hast du gerade auch in deinem Intro gesagt, die Pflegestützpunkte bekommen Bestnoten. Aber sie erreichen immer noch zu wenige Menschen. Das ist nichts Neues eigentlich. Wir haben aber nach wie vor dieses Reichweitenproblem, trotzdem uns das schon zehn Jahre begleitet. Welche Schlüsse zieht wir pflegen daraus?

### **Heinrich Stocksclaeder (wir pflegen Berlin) [1:03:01]**

Eins hatte ich ja eben schon angesprochen. Die Beratung, die muss hingehen, wo die Menschen sind. Und wir schlagen keine neuen Strukturen vor, sondern dass die bestehenden Pflegestützpunkte in Außenstellen und Sprechstunden an anderen Stellen einrichten. Sei es im Stadtteilzentrum, sei es im Nachbarschaftshaus. Zum Teil gibt es das schon. Und dafür brauchen sie aber Personal. Und dafür ein erster Schritt. Schaue ich mal Frau Zeljar an. Denn es gibt einen klaren personellen Ausstattungsunterschied zwischen den Landes- und den finanzierten Pflegestützpunkten. Und da wären aus meiner Sicht jetzt erst mal die Kassen, diejenigen, die gefordert wären, doch zu schauen, ob sie diesen Ausstattungsunterschied nicht ausgleichen können. Und dann sieht man weiter.

Mit dem PNOG wird sowieso die Beratungslandschaft neu umgewälzt, wenn es so kommt, wie es beschrieben ist. Und in diesem Kontext kann man auch diese Umgestaltung dann einbetten. Das Zweite, das ist inhaltlich. Die Beratung muss das aufgreifen, was die Menschen wollen. Und Finanzierung. Wie kriege ich das Ganze hin? Was kommt letztlich auf mich zu? Dazu muss es Antworten geben, vorher. Und deshalb wollen wir dazu einen Eigenanteilsrechner, schlagen wir vor, der dabei hilft. Und ganz wichtig, auch dabei ein Stückchen auch aus der neutralen Rolle der Pflegestützpunkte hinaus, dass stärker eine anwaltliche Vertretung dazukommt. Nämlich eine Unterstützung auch bei der Durchsetzung auch von Rechten, bei der Beantragung, nicht nur bei der Antragung, sondern bei dem Bekommen von Leistungen.

Und dann Suchen und Finden gehören zusammen. Es ist ein Unding in unserer Zeit eigentlich, dass man Listen bekommt, dass es ein großes Hin und Her gibt, bis man einen entsprechenden Platz bei einem Leistungserbringer gefunden hat. Dafür eine Informationsplattform, die die Dienste, in der die Dienste ihre Plätze oder ihre Kapazitäten angeben und genauso aber auch die Menschen sagen können, ich habe diesen und jenen Bedarf. Und das kann, denken wir, helfen, das zusammenzubringen und es schafft wiederum Daten, die man auch für die weitere Planung vor Ort dann auch nutzbringend mit einbringen kann.

**Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin) [1:05:40]**

Ja, vielen Dank für die Steilvorlage. Ja, wenn jemand klatschen möchte, Sie dürfen auch zwischendurch klatschen, natürlich. Soll jetzt keine Aufforderung sein, nur jemand wollte gerade und hat sich dann zurückgehalten. Also muss nicht sein. Sie dürfen. Genau, Steilvorlage für eine Frage an Sie, Frau Gebel. Wir haben es ja gerade schon gehört, das Pflege-Neuordnungsgesetz wird ja kommen. Wie, wissen wir noch nicht. Wir hoffen mal, dass sich das Land Berlin und zwar alle, wie Sie hier sitzen, dafür stark macht, dass bestimmte Dinge nicht kommen. Haben wir schon drüber gesprochen, beispielsweise Reduzierung der Rentenbeiträge. Aber es wird auf jeden Fall so sein, es wird mehr oder weniger große Änderungen geben für die Versicherten, die Betroffenen und für pflegende Angehörige natürlich auch.

Das heißt, es gibt da große, es werden zumindest mehr oder weniger große Wissensdefizite in der Anfangszeit zu erwarten sein. Herr Stocksclaeder hat jetzt aus der Sicht von wir pflegen gesagt, Pflegestützpunkte plus digitale Unterstützung, so nenne ich es mal. Ist das schon mal, ist über sowas schon mal gesprochen worden im Ausschuss und gibt es dazu eine Haltung, ein Votum?

**Silke Gebel (Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit und Pflege) [1:07:07]**

Genau, also wir hatten jetzt ja in den letzten drei Jahren keine einfachen Haushaltsberatungen und ich finde, dass es schon mal eine Errungenschaft ist, dass die Pflegestützpunkte nicht gekürzt worden sind und dass es ein sehr klares Commitment gibt, dass wir diese 36 Pflegestützpunkte haben. Also klar, die von der Pflegekasse haben wir ja keinen Einfluss, aber dass wir eben auch als Land Berlin weiterhin gesagt haben, das steht. Das finde ich erst mal wichtig, weil wir damit auch mehr Infrastruktur haben als viele andere Bundesländer. Und ich finde deswegen, Sie haben das ja vorhin auch angesprochen, wichtig, dass wir ein Landespflegegesetz haben, weil nämlich dort auch diese Pflegestützpunkte beispielsweise, aber auch andere Leistungen, die eben unterstützende Pflegeangebote sind, festschreiben, damit man weiß ja nicht, was für ein Haushaltssunami noch auf uns zukommt.

Da jemand denkt, ja, es gibt ja 36, kann man auch 30, kann man auch, also ich, ich sage mal so, wir sind uns hier alle einig, aber Haushaltsberatungen werden auch von Leuten außerhalb dieses Raums gemacht und meine Erfahrung ist, gerade im sozialen Bereich ist immer wichtig, Dinge einfach mal gesetzlich festzuschreiben. Deswegen finde ich das Landespflegegesetz wichtig. Und was auch eine Klarheit ist, ist, dass wir das, dass wir es weiter, dass wir die Pflegestützpunkte auch weiterentwickeln wollen. Wir hatten dazu auch mehrere Anhörungen und wir haben es ja eben auch gehört, also die arbeiten ja auch eng mit den Kontaktstellen, Pflegeengagement zusammen. Das, was Sie vorhin beschrieben haben, die Dame in der letzten, in der letzten Reihe, ich gucke, das ist ja mit diesem Austausch in den Bezirken, ist ja etwas, was auch in den Kontaktstellen stattfinden, stattfinden sollte, die wir auch, oder die das Land Berlin finanziert und wo man, glaube ich, auch sicherlich noch gucken kann, wie da vielleicht auch noch mal, also die sind ja auch dezentral, aber das muss da eine sehr gute Verzahnung geben und Sie haben ja die finanzielle Seite angesprochen, womit wir uns sehr intensiv beschäftigt haben, ist die Frage der zügigen Ausgabe der Mittel der Hilfe zur Pflege.

Was mir Sorge macht, ist bei den ganzen Kürzungsdebatten auf Bundesebene, ist, dass die Ausgaben Hilfe zur Pflegebereich exorbitant steigen werden. Das ist natürlich etwas, was uns als Land Berlin massiv belasten wird und was aber eben dann auch, wenn die Ausgabe, also wenn die Organisation der Sozialämter weiterhin so ist wie aktuell, das ist in Pankow 24 bis 36 Monate dauert, das ist ein Riesenproblem ist, deswegen ist das glaube ich eine ganz große Aufgabe, die wir haben und dann noch als letzter Punkt, Sie haben es angesprochen, die Transparenz, ich glaube, dass das ein ganz zentraler Punkt ist, dass wir eine Plattform brauchen, auf der die freien Plätze sind und in der man auch besser, es ist ja ein bisschen wie auf dem Wohnungsmarkt, sage ich jetzt mal, es gibt mehr Nachfrage als Angebot, beziehungsweise es ist so seltsam, allokiert und dass man darüber eine Transparenz schafft und auch mit der Verbraucherzentrale nochmal stärker auf Rechte reingeht, ist glaube ich sehr, sehr wichtig und ich weiß, dass es kompliziert ist, deswegen nur letzter Satz, ich habe früher Kita-Politik gemacht, die freien Träger, die wollten alle nicht, dass ihre freien Plätze auf einem Portal sind, natürlich nicht, weil es eben quasi Klienten gibt, auch selbst schon bei Kindern, für die man mehr abrechnen kann und welche für die man weniger abrechnen kann und ich finde, aber wir müssen als Staat dafür sorgen, dass es eine gute Versorgung gibt und dafür müssen wir Transparenz schaffen und das können wir.

**Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin)** [1:10:38]

Ja, vielen Dank. Gutes Stichwort, leichte Patienten, schwere Patienten, da klingelt auch gleich was. Fangen wir mal da an. Genau, ja.

**Corinna Wieland (pflegende Angehörige)** [1:10:50]

Hallo, danke schön. Ja, ich bin Corinna Wieland, ich pflege meinen Mann seit neun Jahren zu Hause und ich wollte noch mal zu den Kontaktstellen, Pflege, Engagement, was sagen. Das hat mir am Anfang unglaublich geholfen und ich finde es so wichtig, dass die bleiben, weil das ist so ein tolles Angebot für, ja, für einen selber, dass man einfach so mal aus dem eigenen Teller, über den eigenen Tellerrand mal hinaus guckt und sieht und Unterstützung, vor allem auch mental, die Unterstützung bekommt. Ich sehe dich, ich weiß, was du leistest, wie können wir da helfen und mir wäre sehr, sehr wichtig, dass neben den Angeboten der Pflegestützpunkte auch die Kontaktstellen wirklich weiter erhalten bleiben und ausgestattet bleiben, so wie es sein sollte. Das wäre mir ein wichtiges Anliegen.

**Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin)** [1:11:34]

Nein, nein. Es ist, glaube ich, auch so wahrgenommen worden. Genau. Simon.

**Simon Plaschke (Landeskompetenzzentrum Pflege 4.0)** [1:11:41]

Vielen Dank. Simon Plaschke, Berliner Landeskompetenzzentrum Pflege 4.0 und unsere Kollegen aus Sachsen-Anhalt, da gibt es auch ein Landeskompetenzzentrum, die haben den Auftrag erhalten, einen Pflegeplatz Finder zu entwickeln für das Bundesland Sachsen-Anhalt. Mit denen stehen wir auch immer im Austausch und von denen wissen wir auch, dass das Thema natürlich nicht ganz trivial ist, auch wenn der Bedarf natürlich vorhanden ist und wir haben ja vorhin schon gehört, also an der einen Stelle warten Leute auf der Bus, während eine Straße weiter der Bus nur zur Hälfte gefüllt ist. Das Problem ist real und es wird ja auch oft beraten mit Listen, die vielleicht nicht ganz tagesaktuell sind. also technisch ist es möglich, aber es ist nicht ganz einfach, meine Frage gegen Richtung Frau Gebel, wie man denn zum Beispiel dann die Pflegeeinrichtung tatsächlich dazu motivieren kann, dann auch ihre tagesaktuellen Daten einzutragen und ob es hier schon konkrete Ideen für das Land Berlin gibt.

**Joanna Geib (Berliner Feuerwehr, vorbeugender Rettungsdienst)** [1:12:36]

Ich bin Joanna Geib von der Berliner Feuerwehr, Rettungssanitäterin und Sozialarbeiterin und ich wollte da noch eine andere Perspektive reinbringen. Der Rettungsdienst wird sehr häufig täglich in

Häuslichkeiten gerufen, wo ein Pflegedefizit vorliegt, wo pflegende Angehörige überfordert sind, wo der Tag kommt, wo das Fass überläuft und man sagt, ich kann jetzt nicht mehr und dann weiß man nicht, wohin, ruft die 112, dann steht ein Rettungswagen vor der Tür, der Notfallmedizin betreiben kann und der hospitalisieren kann. Und wir haben häufig das Problem, dass die Menschen nicht akut krank sind, um sie quasi gerechtfertigt in die Notaufnahme zu fahren, wo dann die Notaufnahme sagt, ja, wir nehmen diese Person auf und dann auf Stationen würde sich vielleicht ein Sozialdienst mal kümmern und gucken, dass die Versorgung zu Hause besser wird oder mehr unterstützt wird, sondern häufig stehen wir da und sagen, ja gut, irgendwie, das muss zu Hause verbessert werden und dann weiß man auch nicht weiter.

Wir als vorbeugender Rettungsdienst, also unser Team ist heute vertreten, wir haben in Berlin intern mittlerweile die Möglichkeit, dass Einsatzkräfte das melden können, dass wir dann versuchen, an Pflegestützpunkte weiter zu empfehlen. Wir sind ein sehr großer Fan der Pflegestützpunkte, die machen eine unglaublich tolle, sinnvolle, wertvolle Arbeit. Wir merken aber im täglichen Geschäft, dass die Leute draußen das nicht kennen, dass die Leute draußen nicht wissen, also nicht wissen, wo kann ich mich hinwenden, aber ich kriege eine kostenlose Beratung, also die Angst vor, ich werde über den Tisch gezogen, ich muss irgendwie viel zahlen. Die wissen nicht, dass Leute auch zu den Leuten nach Hause kommen und sich die Umstände anschauen und man da schon mal zumindest diese Barriere nicht hätte, irgendwo hinkommen zu müssen und versuchen dadurch, dass wir es auch den Auszubildenden mitgeben, zu sagen, hey, wenn ihr merkt, in der Wohnung ist ein Pflegeproblem, dann weist auf die Pflegestützpunkte hin.

Gleichzeitig können wir nicht die gesamte Berliner Notfallrettung und alle Notfallsanitäterinnen zu Beraterinnen der Pflege ausbilden, so das ist einfach nicht drin. Wir versuchen an die Pflegestützpunkte zu verweisen, aber wir sehen dann ein sehr großes Defizit von es gibt sie, sie sind sehr sinnvoll, es kommt aber nicht bei den Leuten an und wenn die Leute akut ein Problem haben und nicht mehr können und es zu Hause nicht mehr funktioniert, dann wird die 112 gerufen, dann wird gehofft, dass der Arzt im Krankenhaus sich kümmert und das funktioniert nicht und das belastet das System, das kostet am Ende auch noch viel mehr, also die Kosten, die man da sparen könnte, könnte man dann in andere Dinge investieren. Ich bin drüber der Zeit. Entschuldigung, danke.

**Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin)** [1:15:49]

Ich würde gerne in der Reihenfolge, wie die Wortmeldungen waren auch, hier vorne war eine Wortmeldung, die würde ich gerne erst mal hören und dann habe ich gesehen, machen wir da hinten weiter.

**Rebecca Zeljar (Vorsitzende des Landespflegeausschusses, Verband der Ersatzkassen)** [1:16:07]

Ich nehme das ab, damit es nicht so steht. Mein Name ist Rebecca Zeljar, ich bin Landespflegeausschussvorsitzende in Berlin und Kassenverbandsmitarbeiterin bei den Ersatzkassen. Sie hatten mich ja direkt angesprochen, jetzt in Bezug auf die Anzahl der Mitarbeitenden in den Pflegestützpunkten. Das ist natürlich ein riesengroßes Thema und zusätzliches Personal wird es, sehen Sie es mir nach, dafür mache ich vielleicht auch das Krankenkassengeschäft schon nicht zu lange, bestimmt nicht, aber lange, das heilt es auch nicht, weil wir den Bekanntheitsgrad nicht wirklich dadurch enorm erweitern. Es gibt Beratung vor Ort, die Kassen bieten das in Teilen selber an, aber was mir die Diskussion gerade zeigt, ist das, wo wir im Landespflegeausschuss hinwollen.

Wir wollen im Landespflegeausschuss auch übergreifend miteinander ins Gespräch kommen. Jetzt sind wir sehr in der ambulanten Pflege, dann reden wir über die stationäre Pflege. Es ist auch ganz viel mit dem niedergelassenen ärztlichen Bereich. Wo gehen Sie denn hin? Sie sind auch Patient, Patientin. Ärztinnen und Ärzte erkennen das ja in der Regel auch oder kennen das durch ihre Historie, gerade

wenn sie hausärztliche Versorgung haben. Da brauchen wir viel mehr auch so Kiezstrukturen, wie wir im Rollberg-Kiez beispielsweise haben, nicht mit einer Sozialberatung, sondern mit zusätzlichen Kompetenzen. Das diskutieren wir gerade auch in Berlin. Ich gucke da natürlich an die Abgeordneten, auch in der Landesgesundheitskonferenz, weil diese Dinge überall Schnittstellen haben.

Wir dürfen das nicht mehr so sektorenmäßig sehen. Ich weiß, ich stehe dafür als Kassenmitarbeiterin, weil ich natürlich das Sozialgesetzbuch 5, 11, ich kann Ihnen das auch alle die Schnittstellen nennen, aber das will ich hier gar nicht, sondern will uns eigentlich gemeinsam auf den Weg machen, auch im 90a-Gremium. Das wird ja für die nächste Legislatur ein entscheidendes, das gemeinsame Landesgremium im Land Berlin. Da sind wir aktuell auch eher so in einer eingeschränkten Sichtweise unterwegs. Und ich würde dafür werben, ich würde mich dafür auch mit einsetzen natürlich, aber das Problem eher von dieser Seite anzugehen, weil wir da auch aus meiner Sicht schnellere Ergebnisse erzielen, die für Sie auch wahrnehmbar sind und vielleicht nicht ein oder zwei Köpfe in den Pflegestützpunkt.

Das heißt nicht, dass wir keine zusätzliche Personalkostenstellen mitdenken sollen, sondern ich denke, wir müssen das Thema ein bisschen anders angehen und das ist ein gutes Beispiel. Können wir doch, oder ich nehme mir das auch gerne als Auftrag mit.

**Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin) [1:18:33]**

Ja, vielen Dank. Gestatten Sie mir den kurzen Hinweis. Ich musste gerade daran denken, dass in dem Landespflegeplan drinsteht, als eine der Maßnahmen, die das Land Berlin angehen sollte, Öffentlichkeitskampagne für die Pflegestützpunkte. Und dann ist immer die Frage, wie kriegen wir das Bienchen auf die Blüte? Und genau, also über Schnittstellen hinweg zu denken, ist da sicherlich einer der richtigen Schritte. Genau, aber jetzt hatten wir da hinten noch eine Wortmeldung.

**Teilnehmerin (Ärztetz Berlin, Care Management) [1:19:10]**

Ich arbeite für das Ärztenetz Berlin. Das sind über 40 Hausärzte. Wir sind mit sechs Personen in Berlin vertreten, in den verschiedensten Bezirken. Ich würde jetzt sagen, dadurch, dass ich es seit vier Jahren mache, dass es die Lösung ist. Also wir sind mit den Hausärzten ganz eng angebunden. Die Patienten, die zu den Ärzten gehen, bekommen dann, wenn es irgendwelche Schwierigkeiten gibt, bekomme ich einen Bedarf. Ich suche die Personen auf. Die Personen sind dadurch, dass sie den Arzt kennen, natürlich mir auch sehr gut gestimmt. Ich habe auch überhaupt gar keine Probleme, in die Häuslichkeit reinzukommen. Berliner Hausbesuche schön, aber das ist natürlich, wir klingeln an der Tür und haben da keinen Hintergrund.

Deswegen ist eigentlich das, dass die Hausärzte, die jetzt bei mir mit 44 Ärzten vertreten sind, ich hoffe immer, dass noch ein paar mehr dazukommen, eigentlich so die Lösungen. Ich vermittele dann an die Pflegestützpunkte oder auch ans Bezirksamt Mitte, nicht zu vergessen, Menschen mit Behinderung, die auch einen super Job machen, an diverse ehrenamtlichen Stellen, ob es jetzt Lena Besuchsdienst ist, aber erst mal so, mein Schwerpunkt ist, dadurch, dass ich Krankenschwester bin, das medizinische und das organisatorische dann weiterzuleiten. Genau. Und da würde ich ganz gerne noch mal wissen, sind das Menschen, die keine Hausärzte grundsätzlich haben? Weil auch da gibt es ja mittlerweile auch Probleme, dass viele ältere Menschen auch auf Hausarztsuche sind.

Es ist schön, Standorte zu machen für Pflegestützpunkte, aber die Menschen, die ich jetzt besuche, die gehen gar nicht mehr raus. Und ich sage immer, das sind die vergessenen Menschen. Ich unterhalte mich auch mit Angehörigen und finde das eigentlich einen guten Job, den wir tun.

**Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin) [1:21:11]**

Zugehende Beratungsstruktur. Vielen Dank für den Hinweis. Werden wahrscheinlich nicht alle kennen. Care Management direkt angebunden. Bei Ärzten gibt es in Berlin verschiedene Projekte. Es gibt leider zu wenig Ärzte, die das bei sich anbinden. Das muss man auch der Wahrheit halber an der Stelle mal dazu sagen. Aber es ist wichtig, dass Sie darauf hingewiesen haben. Genau, man sieht, die Verschränkung ist sehr wichtig. Wir haben schon einiges und wir sollten gucken, wie wir es besser verschränkt kriegen, glaube ich, an der Stelle. Ja, gibt es sonst noch Wortmeldungen? Sonst vielen Dank für die vielen wertvollen Impulse.

**Heinrich Stocksclaeder (wir pflegen Berlin)** [1:22:03]

Eine Anregung hätte ich noch für die Beratungsangebote. Denn in der Beratung wird viel gesprochen, was sonst überall nicht ankommt. Über Bedarfe, über Umfeld, über Hilfsmittel etc. dann dabei. Das sollte gezielt erfasst, anonymisiert, gebündelt und regionalisiert zur Verfügung gestellt werden. Das könnte den Bezirken helfen, auf der bezirklichen Ebene. Das schafft uns und gibt uns Einblicke, wie es mit Bedarfsdeckung und auch mit Inanspruchnahme von Leistungen aussieht. Das ist etwas, was machbar wäre, wenn man es wollte, innerhalb der bestehenden Strukturen, ohne riesigen finanziellen Aufwand. Wenn jemand wie wir eine solche Tagespflegestudie hinbekommt, dann kann das ein System, das auf eine IT zurückgreift, todsicher machen. man muss es wollen und man muss mit den Ergebnissen arbeiten.

**Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin)** [1:23:15]

Ja, vielen Dank. Genau. Kurze Ergänzung noch zu der digitalen Plattform, da haben wir jetzt gar nicht so groß drüber gesprochen. Vielen Dank auch für den Hinweis, Simon, mit dem aus Sachsen-Anhalt, mit dem Pflegeplatzfinder. Wir müssen uns aber immer bewusst machen, ein Viertel, nicht mal ein Viertel, eigentlich nur 15 Prozent der Pflegebedürftigen werden in Heimen, also in stationären Einrichtungen versorgt. Und zwar nicht deshalb, weil es keine Plätze gibt, mittlerweile es gibt auch freie Plätze tatsächlich, sondern weil die Menschen primär zu Hause versorgt werden wollen. Und auch dafür brauchen wir Lösungen, wie das Bienchen auf die Blüte kommt. Also nicht nur den Platz, den Heimplatz, sondern auch, wo ist die nächste Tagespflege mit einem bestimmten Schwerpunkt und so weiter. Ich verlasse meine Moderationsrolle, ich habe es ja schon angekündigt, tut mir leid. Ich moderiere weiter.

### **Block 3: Angebote vor Ort und Koordination im Bezirk (Vorschläge 2, 3, 8 und 9)**

**Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin)** [1:24:21]

Wir wenden uns Themenblock 3 zu und ich habe so ein Gefühl, dass das wahrscheinlich dann auch der Letzte sein wird, bevor wir zum Abschluss kommen. Der Themenblock 3, das sind bei uns die Empfehlungen 2, 3, 8 und 9. Da geht es um Angebote vor Ort und Koordination im Bezirk. Wir haben ja schon das an verschiedenen Stellen immer mal wieder angesprochen. Frau Gebel, ich stelle mal die provokante Frage an Sie, vielleicht auch an Ihre Ausschlussdiskussionen. Wie sehen denn die Vertreterinnen und Vertreter im Ausschuss die Rolle der Landespolitik im Verhältnis zur Bezirkspolitik bei der Förderung gezielter Entlastungsangebote? Zum Beispiel in strukturschwachen Regionen. Ich greife da kurz auf, was Herr Düsterhöft vorhin gesagt hat.

Das ist ja alles sozusagen in private Hand und eigentlich kann man da gar nicht so viel machen. Ist das wirklich so? Und gab es da in der Vergangenheit vielleicht auch schon Debatten darüber, wie das Land Berlin oder die Politik des Landes Einfluss nehmen kann auf die Verteilung von Tages- und Nachtpflegen, Kurzzeitverhinderungspflegen oder so? Vielleicht auch zu bestimmten Zielgruppen, Menschen mit Migrationshintergrund oder vielleicht jüngere Pflegebedürftige.

**Silke Gebel (Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit und Pflege) [1:26:04]**

Genau, also der Landespflegeplan hat ja so Eckpunkte dargestellt. Und ich glaube, bei dieser Frage, das hat man ja eben so ein bisschen auch rausgehört, zu dieser Bedarfsplanung, da gibt es, glaube ich, unterschiedliche Einschätzungen zwischen den Farben. Und vielleicht hat es auch was damit zu tun, wie oft man Diskussionen schon mit der Verwaltung geführt hat oder nicht, wie sinnvoll und notwendig das ist. Ich erinnere mich, dass wir letztes Jahr auch über diese Frage der Bedarfsplanung hier geredet haben. Und da saß ja Herr Ilte hier und da war die Frage, wie macht man das und hat man nicht auch die Daten eigentlich schon, weil die Kassen die ja erheben auch auf eine Art und Weise.

Also man weiß ja auch, wer ist pflegebedürftig, dann kann man das quasi mit dem Sozialatlas verschneiden und dann weiß man ja, wo sind Lücken, wo sind keine. Also ich sehe ja auch, wo sind Angebote. Und dann weiß ich ja auch, wie viel Entlastungsbudget wird abgerufen und, und, und. Und da war zumindest nach meiner Wahrnehmung die Quintessenz, dass wir das Landespflegegesetz brauchen, um eine Grundlage für die Datenerhebung zu haben, damit wir diese Bedarfsplanung machen können mit den vorhandenen Daten, damit wir nicht extra abrufen. Und ich glaube schon, dass wenn man das weiß, dann kann man die wenigen Ressourcen, die man hat, gezielt da einsetzen, wo die Lücken sind, wo quasi, Sie haben das ja vorhin auch angesprochen, Sie haben quasi Patientinnen und Patienten, wo Sie die von Ihnen beschriebene Situation haben.

Die Frage ist ja auch, verteilt sich das über die ganze Stadt oder, aber verteilt sich das über alle Milieus und alle Schichten oder gibt es bestimmte Indikatoren, die diese Menschen gemeinsam haben, sodass man das quasi ganz gezielt, quasi zielgruppenspezifisch ergreifen kann. Weil ich würde ja schon mal die, also mich würde interessieren, und darüber müsste man dann, glaube ich, im weiteren Verlauf sprechen, ob da, wo es weniger Hausärztinnen und Hausärzte gibt, wir haben ja unterversorgte Regionen in Berlin, wo wir nicht diese Netzwerkstruktur haben, die sie eben, also einfach, weil es viel zu wenig Hausärztinnen gibt, was ja die drei Ostbezirke plus Reinickendorf und bald auch Spandau ist, ob sie da einfach auch eine andere Situation haben, weil sie eine ganz andere niedergelassene ärztliche Versorgung haben.

Und das wird ja auch auf uns nochmal wahrscheinlich in den nächsten Jahren noch enormer zukommen. Und diese Lücken zu schließen, das ist, glaube ich, schon was, was wir alle gemeinsam wollen als Ausschuss, und wo wir auch überlegt haben, wie das geht und ob man dafür die Bedarfsplanung braucht oder nicht, darüber streitet man sich dann vielleicht ein bisschen. Aber zur Wahrheit gehört auch, die Bezirke haben ja bei der Frage, also, dass wir mehr Tages- und Kurzzeitpflege brauchen, das ist total unbenommen. Die Frage ist, macht man das, indem man den einzigen kommunalen Anbieter, den man hat, nochmal anschiebt und sagt, du musst das jetzt machen oder versucht man, ups, das hat ja auch die Senatsverwaltung gemacht, nochmal mit der Kurzzeitpflege Verträge abzuschließen.

Oder, das ist nochmal ein Vorschlag, den wir auch einbringen, Sie haben ja vorhin auch die Arbeitgebersituation angesprochen. Ich glaube, dass die Arbeitgeber ein Interesse daran haben müssen, dass sie in der Situation des demografischen Wandels, wo mehr Menschen arbeiten, einmal als pflegende Angehörige und erwerbstätig sind, dass sie Entlastungsmaßnahmen auch mit unterstützen. Und in der Situation, wo die Kassen unter Sparsituationen stehen, müssen wir auch die Arbeitgeber dazu bringen, noch ein bisschen mit quasi auch reinzugehen und Infrastruktur zu finanzieren. Deswegen schlagen wir einen Pakt für die Pflege mit den Arbeitgebern vor, dass die analog, wie es damals bei der Kita-Infrastruktur war, die eben auch für damals die sorgenden Angehörigen oder die Eltern sozusagen und jetzt die besetzen für die pflegenden Angehörigen, dass sie da eine Unterstützung finanzieren als Entlastung.

**Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin)** [1:29:50]

Ja, vielen Dank. Ein sehr konkretes Vorhaben. Ich hoffe, dass das funktioniert. Genau. Wie ist die Position, die Einschätzung des Landesvereins, Heiner? Wer hat die Hauptverantwortung? Oder vielleicht besser, wer sollte die Hauptverantwortung für die Infrastruktur vor Ort haben? Im Kiez? Also wie kommen die Angebote in den Kiez?

**Heinrich Stocksclaeder (wir pflegen Berlin)** [1:30:23]

Das Problem ist erst mal, dass das auf der Bundesebene nicht sauber geregelt ist. Und das hat allen bisher kräftig Probleme gemacht. Der Bund macht das Leistungsrecht. Das Land ist für die Versorgungsstruktur zuständig. Die Kassen haben den Sicherstellungsauftrag. Die Anbieter erbringen die Leistungen. Und um den Kohl dann fett zu machen, die Kasse muss jedem Anbieter, der die Voraussetzungen für den Abschluss eines Versorgungsvertrags erfüllt, für den Markt zulassen. Egal, ob der Markt jetzt, ob eigentlich ein Bedarf besteht oder kein Bedarf besteht. Aus dem Ganzen folgt. Man hat einen Verschiebeparkplatz. Ruck, zuck. Der eine schiebt dem anderen die Verantwortung zu. Und letztlich bleibt es dann in sich stecken.

Jetzt kommt Dynamik in dieses Geschäft. Auch mit einigen gesetzlichen Regelungen. Auch mit dem PNOG kommt dort Dynamik mit hinein. Das kann helfen. Denn über die kommunale Planung, heißt es schon Gesetzestext, jetzt muss vor Abschluss eines Versorgungsvertrages, müssen die Zielsetzungen der kommunalen Pflegestrukturplanung einbezogenen, beachtet werden. Beachten heißt, darauf achten. Man ist aber nicht daran gebunden. Und um etwas beachten zu können oder bewerten zu können, braucht man wiederum Datenmaterial. Ansonsten hat man dort einen Haufen Streit und Stress. Das wird kommen mit dem PNOG noch ein Stückchen mehr dabei. Und wir sagen, man kann es eigentlich nur auf der bezirklichen Ebene hinbekommen. Denn dort wissen die Leute eher Bescheid.

Man kann auch genauer auf der Region-Ebene hinschauen, was haben wir dort tatsächlich. Aber der Bezirk, der hat weder den klaren Auftrag, den Bedarf und das Angebot vor Ort zusammenzuführen, noch hat er dafür die erforderlichen Ressourcen. Man sieht das an einer Zahl aus dem, was ich eben mit den Tagespflegeplätzen hatte. Jeder vierte Tagespflegeplatz bleibt leer 2024. Und gleichzeitig haben vier von zehn Einrichtungen eine Warteliste. Kein Kapazitätsproblem, sondern ein Zuordnungsproblem. Und das kann man nur auf dieser bezirklichen Ebene hinkommen. Deshalb haben wir uns das angeschaut, haben auch Gelingensbedingungen alles mal durchgespielt. Da sind noch vier Faktoren gekommen. Der muss planen dürfen. Verbindlich. Nicht nur berichten. Der muss auch planen müssen.

Der heißt nämlich, er muss den Auftrag bekommen. Er braucht einen Tisch, an dem alle sitzen. Mit entsprechender Stimme. Dann auch für alle an der Versorgung Beteiligten. Da müssten die sitzen, die hier auch mitsitzen. Da müsste jemand von der Feuerwehr mitsitzen. Das wäre gut. Da müssten die Ärzte mitsitzen und so weiter. Wir wissen das alles. Die KPE [Kontaktstellen PflegeEngagement] sind gesetzt, die Pflegestützpunkte sind gesetzt. Die kennen am besten über ihre Tätigkeit die Lücken von innerhalb des Systems. Und dann braucht man jemanden, der einlädt und der das Ganze managt, der das Ganze koordiniert. Nicht nebenbei, nicht ehrenamtlich, sondern das geht nur hauptamtlich. Und er braucht diese Datenbasis.

Und da denken wir noch drüber nach und wir werden was vorlegen. Noch mal eine erweiterte Studie mit Vorschlägen, wie man das mit dieser Datenebene managen könnte. Und es kommt eins noch dazu. Da denke ich mal, gucke ich Damaris Koch-Christen) hinten an, die das von der Tagespflege her genau kennt. Man braucht ein Geben und Nehmen. Und auch ein Geben und Nehmen zwischen den Anbietern dabei. Man muss drauf schauen, nicht nur auf die eigene, sondern man muss auch mal gucken und überlegen, ob man nicht jemand, der einen Platz braucht, an jemand anderen mit

weitervermittelt und sich so gegenseitig hilft, die Einrichtungen voll zu machen. Denn die Tagespflegen haben ein klares Problem.

Die sind finanziell an der Kante genäht. Und wenn dort etwas schief läuft, dann rücken die in die Insolvenz. Wir haben das an einem schönen Beispiel, finden Sie es in der Studie, wie dieses System, obwohl es gewillt ist, in sich dann zusammenknackt, weil es mit der Kooperation dann hinterher letztlich nicht geklappt hat. Und da denke ich wirklich, wenn es hier um die Plätze geht, da wird man mit gesetzlicher Regelung nicht so schnell hinkommen. Da ist man auf einer Ebene von einer Selbstverpflichtung unterwegs. Und da wäre immer besser noch die Selbstverpflichtung als gar nichts.

**Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin)** [1:35:16]

Okay. Vielen Dank. Eine Wortmeldung, rechts hinten.

**Herr Jachmann (Seniorenvertretung)** [1:35:27]

[Anfang unverständlich] nachdem ständig immer wieder gesagt wird, die Bezirke. Ich habe als Seniorenvertreter kürzlich teilgenommen an einem Gespräch mit der Landespflegebeauftragten, „Bezirksimpuls Pflege“. Und ich habe den Eindruck dann mitgenommen, dass also weder die Senatsverwaltung noch die Bezirke insgesamt im Moment wissen, was sie machen sollen in dem Bereich, wie sie die Aufgaben bündeln sollen, aufnehmen sollen und wie sie sie auch wahrnehmen sollen. Sodass ich also heute angesichts des kurzen Statements eigentlich nur bitten möchte, alle Anwesenden eigentlich mal zu überlegen, wie schaffen wir es, dass die auf uns zukommenden Aufgaben in den Bezirken mal wirklich aufgeschrieben werden, zusammengefasst werden und dass wir darüber mal einvernehmlich diskutieren können.

Denn sonst sind wir nicht in den Bezirken in der Lage, in irgendeiner Form dem Anspruch, der möglicherweise auch gesetzlich noch zusätzlich formuliert wird, gerecht zu werden. Denn ich habe erlebt in einem Bezirk, dass also die Zuständigkeiten nach der neuen Zuständigkeitsverordnung, nach der Verwaltungsreform in Berlin hin und her geschoben worden ist, zwischen Gesundheit, Soziales und wo ist es hier landet alles? Bei Soziales. Und die sind überhaupt nicht vorbereitet, die wissen von gar nichts. Die Senatsverwaltung weiß, Gesundheit ist dann zuständig, kann ich also auch nur beschränkt zugreifen auf den Bereich der Abteilung Soziales. Ein Wirrwarr eigentlich, ein Zuständigkeitswirrwarr. Und schon alleine dieses kurze Beispiel der Aufgabenwahrnehmung und Aufgabenverteilung zwischen Senatsebene und Bezirksebene zeigt, wie schwierig es ist, überhaupt da zu beschreiben, wie welche Aufgaben wahrzunehmen.

Deshalb die dringende Bitte, bevor also immer weiter gesagt wird, die Bezirke, die Bezirke, die Bezirke, bitte mal insgesamt aufschreiben und zusammenarbeiten. Nur mit welchen, mit Leuten, die da was von verstehen, um diese Aufgaben also auch mal konkret zu erfassen. Danke.

**Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin)** [1:37:36]

Ja, vielen Dank. Hier war, hier hinten war noch eine Wortmeldung. Genau.

**Joanna Geib (Berliner Feuerwehr, vorbeugender Rettungsdienst)** [1:37:47]

Ich nochmal. Einmal, weil die Frage kam, wo diese Menschen sind mit diesen Pflegeproblemen, die nicht wissen, wo man Hilfe bekommt. Also tatsächlich überall, in jeder Schicht, einsam, allein, reich, arm, mit Familie, mit Angehörigen, mit Internetzugang, ohne Internetzugang, mit Nachbarn, ohne Nachbarn. Also wir erleben das in jedem Bereich, wo Menschen leben. Und das andere so ein bisschen in Bezug auf die Bedarfsplanung. Das wurde, glaube ich, auch letztes Jahr schon von meinem Kollegen hier platziert, dass man kann natürlich irgendwie gucken, wo sind, wie, welche Bedarfe. Wir möchten aus der Notfallrettungsperspektive das einfach wieder platzieren, dass man auch mitdenkt, dass im Falle einer Erkrankung der Person, die pflegt, also nicht der gepflegten Person,

sondern des pflegenden Angehörigen, zum Beispiel ein älteres Ehepaar, der Ehemann pflegt die Ehefrau, der Ehemann stürzt, bricht sich den Oberschenkelhals.

Wir kommen als Rettungsdienste hin, sagen, oh je, muss auf jeden Fall natürlich ins Krankenhaus, wird auch mehrere Wochen ausfallen. Dann haben wir immer gleich zwei Patientinnen. Dann müssen wir immer einen zweiten Rettungswagen holen, um die Ehefrau in dem Fall, die vielleicht bettlägerig ist, zu hospitalisieren. Es gibt in Berlin keine Einrichtung, wo man jemanden akut, schnell, einfach anmelden kann zu sagen, hier haben wir jetzt gerade eine Pflegenot, sondern die Leute müssen dann auch ins Krankenhaus gebracht werden. Das ist ein enormer Aufwand. Das ist natürlich für die Notaufnahme wieder eine Belastung. Das ist dann stationär, gibt es wieder ein Bett weniger. Das, also das wird so im Moment gemacht, weil es keine andere Möglichkeit gibt.

Aber das, zum Beispiel wie in Hamburg, ist ein Pflegenottelefon gibt, wo man sagt, die halten in der Stadt, ich weiß es jetzt nicht, nageln Sie mich nicht darauf fest, aber ich glaube drei, vier Betten frei, wo man für genau solche Fälle das anmelden kann und sagen kann, wir haben jetzt akut einen Notfall, weil der pflegende Angehörige wegfällt und müssen diese Person versorgt wissen. Und das ist unsere Bitte, dass das mitgedacht wird und extra geplant wird, neben oder plus einer Bedarfsplanung, weil es gibt immer diese Notfälle, die man nicht planen kann, die man vielleicht nicht zählen kann. Aber es gibt diese Fälle und ja, die passieren täglich.

**Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin)** [1:40:36]

Vielen Dank. Genau. Du willst was sagen?

**Vorstandsmitglied wir pflegen Berlin – Gabriele Tammen-Parr** [1:40:43]

Ja, ich fühle mich jetzt doch berufen. Es freut mich sehr, dass Sie das nochmal ansprechen. Wir hatten das letztes Jahr auch schon das Thema und das ist auch eine Forderung des Vereins, dass wir gesagt haben, es muss ein Pflegenottelefon in Berlin geben. Nicht zu verwechseln natürlich mit der wunderbaren Beratungsstelle Pflege in Not, sondern ein Not-Telefon ist nochmal was anderes. In Hamburg ist es genauso, wie Sie es beschrieben haben, es rund um die Uhr besetzt. Es kann akut sofort ein Pflegedienst kommen. Das heißt also, wenn dieser Fall jetzt wäre, die Angehörige muss ins Krankenhaus, aber der Pflegebedürftige selber nicht, kommt dieser Pflegedienst und organisiert erst mal was für eine Nacht und vermittelt dann weiter.

Und ich denke, das wäre eine sinnvolle Einrichtung zu sagen, wir brauchen auch in dieser großen Stadt so ein Pflegenottelefon, weil diese Akutsituationen kommen immer plötzlich. Und wie Sie auch sagen, es würde natürlich die Feuerwehr sehr entlasten und es wäre auch eine große finanzielle Entlastung, weil es kann nicht immer sein, dass über die Notaufnahme ein pflegerisches Problem geregelt wird.

**Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin)** [1:41:51]

Genau. Okay. Nein, nein, ich habe es gesehen. Es geht dazu. Letzte Frage zu dem Punkt, weil ich muss ja auch ein bisschen auf die Zeit achten. Aber Sie dürfen noch.

**Teilnehmerin (pflegende Angehörige)** [1:42:08]

Ich wollte ihr nur beipflichten, weil ich habe das selbst erlebt, dass ich am Sonntag die Situation hatte, dass meine Schwiegermutter ihren Mann nicht mehr erkannte, in ihrer Wohnung als Bedrohung empfand, also dement. Und ich wusste nicht, wen kann ich jetzt anrufen. Also Pflegenot kommt öfter vor. Und ich habe es eben auch bei einem Tante und Onkel erlebt, dass die Tante einfach eigene gesundheitliche notwendige Dinge aufgeschoben hat, weil sie hat, ich kann nicht weg. Sie hat gedacht, sie kann nicht für sich selber sorgen, weil sie ja ihren Mann versorgen muss. Und also das ist, das Not ist nicht ganz so nur akut eigentlich. Das ist dauerhaft.

**Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin) [1:43:02]**

Genau. Vielen Dank. Während Gabi jetzt hier nach vorne zu Herrn Zander geht, war doch mal eine Wortmeldung. Gestatten Sie mir den kurzen Hinweis. Ja, also das ist ja so ein bisschen Paradigmenwechsel zwischen Reagieren und Agieren. Das ist genau das, was Sie beschrieben haben. Man hält eine bestimmte Anzahl von Betten vor, hat damit einen präventiven Einsatz für den Ansatz für den Notfall. Nichts anderes haben wir nebenbei gesagt. Irgendwann nach einem Jahr Pandemie dann auch mal verstanden gehabt und entsprechende Einrichtungen auch vorgehalten. Scheint mir so, wir brauchen Sie ständig. Und als präventiver Ansatz doch wunderbare Kassen-Kofinanzierung vorstellbar, wenn ich das hier mal so in den Raum schmeißen darf. Es gibt ja spezielle Präventionsmittel, auch im Bereich der Pflege. Herr Zander.

**Christian Zander (CDU) [1:44:01]**

Ich war ja auch letztes Jahr hier. Da bin ich aber später gekommen, weil ich noch vorher bei einer anderen Vereinstellung war und hatte mich dann auch noch mal dazu eingebracht. Und wir hatten ja auch schon angekündigt, dass wir ein Pflegenotfalltelefon ja auch einrichten wollen nach dem Vorbild von Hamburg. Aber wir wollen jetzt auch nicht so die Erwartungen schüren. Also in Hamburg wird das ja auch nicht so super beworben, weil die Kapazitäten ja auch begrenzt sind mit den vier Betten. Auch Hamburg ist zwar erheblich kleiner, aber trotzdem eine Millionenstadt. Da reicht das ja auch nicht aus. Deshalb haben wir auch Mittel bereitgestellt, dass die Senatsverwaltung das schon mal vorbereiten kann.

Sie ist auch in der Vorbereitung. Aber es gibt ja zwei Optionsmodelle. Das eine ist, dass wir das als reine Berliner Lösung irgendwie auch machen und gucken, wie wir das dann in den nächsten Jahren auch finanziell unterlegen können. Oder das andere ist, wo ich aber noch kein Ergebnis gehört habe, ist, dass wir das, was angedacht oder was gesagt worden ist, dass der Bund vorhat, da Modellprojekte zu starten, verschiedene Bundesländer oder Regionen in Deutschland auszuwählen und dass wir als Berlin auch eine dieser Modellregionen sein können. Und damit hätten wir natürlich auch ganz andere Möglichkeiten, um uns daran zu beteiligen. Ich hatte das neulich nochmal im August nochmal bei so einer pflegepolitischen Runde auch mit Frau Borchardt, unserer Sprecherin im Bundestag nochmal angesprochen, dass sie da auch nochmal nachgehen soll, dass wir das tatsächlich auch nochmal bekommen.

Das ist genau richtig, was Sie gesagt haben. Oder auch der Fall, also der Notfall muss nicht immer akut sein, sondern es gibt ja den Beratungsfall, wo man eben jemanden weiß, wen man kontaktieren soll. Wir hatten vorhin gehört, die Pflegestützpunkte sind noch nicht so allgemein bekannt. Ich finde die Einführung eines Pflegenotfalltelefons wäre sozusagen auch die ideale Öffentlichkeitskampagne nochmal, um das nochmal darzustellen, wen es da auch gibt. Ob man das über die Pflegestützpunkte andockt oder bei Pflege in Not oder wer auch immer da im Gespräch war. Oder eben da auch tatsächlich, aber da muss man natürlich auch gewährleisten, dass man diese Kapazität noch anbieten kann. Nicht, dass es nachher heißt, jetzt mach die Versprechung und es funktioniert alles auch gar nicht wieder.

Also muss man auch gucken, dass man das behutsam aufbaut. Und nochmal ergänzend zu dem, was auch Silke Gebel gesagt hatte und was ich vorhin gesagt hatte, derjenige, der gesucht hat, Flächen für eine Einrichtung, das war tatsächlich auch für Tagespflege vorgesehen. Und dieser Verein ist personell verknüpft auch mit einem Unternehmensnetzwerk, die eben ja auch wieder Vereinbarkeit, Beruf und Pflege daran interessiert waren, auch so etwas anzubieten, auch gerade für die vielen tausend von Beschäftigten in diesen Unternehmen, die in diesem Unternehmensnetzwerk gebündelt sind. Und die haben nämlich auch schon vor vielen, vielen Jahren eine Kita gegründet. Das war aber erheblich einfacher als so etwas und jetzt wollen sie auch mit diesem Schritt weitergehen. Und das sind diese

Impulse, die es auch selber gibt, die ein Initiativ kommen und die wir eben verstärkt unterstützen müssen.

**Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin)** [1:46:34]

Vielen Dank, Herr Zander. Noch mal ein guter, ein guter Hinweis. Danke dafür. Genau. Ich empfehle da die Zusammenarbeit mit den Bezirken tatsächlich, denn es gab in allen Bezirken mal Initiativen zu sogenannten Schutzräumen. Da ging es um Menschen mit Demenz und daher weiß ich, dass es eigentlich in allen Bezirken Einrichtungen gibt, die durchaus die Bereitschaft mitbringen, einen kleinen Teil ihrer Betten, eins, zwei Betten in ihren Einrichtungen auch freizuhalten für solche Notfallsituationen. Man muss in den Diskurs gehen, glaube ich. Netzwerke in den Bezirken, glaube ich, um das nochmal aufzugreifen, was Sie gesagt haben. Ganz entscheidender Faktor. Ja, klingelt bei mir immer Netzwerk, wenn gesagt wird, die Bezirke müssten.

Na klar, da müssen ja dann in so einem Netzwerk müssen alle drin sein. Tagespflege, ambulante Pflege, stationäre Pflege und alle müssen an einen Tisch kommen und irgendwer muss das organisieren und das macht Sinn, das auf einer bezirklichen Ebene zu machen. Und dann kriegt man daraus so einen To-Do-Plan für den jeweiligen Bezirk, glaube ich. Genau. Gut. Vielen Dank.

## Offene Runde: Was brennt noch auf der Seele?

**Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin)** [1:47:52]

Wir nähern uns dem Ende der Veranstaltung. Ich möchte jetzt aber, weil wir keine Zeit mehr haben, den dritten Block komplett durchzugehen, den vierten Block komplett durchzugehen. Da würde es um besondere Lebenslagen, Prävention, haben wir gerade schon mal kurz angesprochen, und Krisenfestigkeit gehen, allen nochmal die Möglichkeit geben, ein Thema anzusprechen, was Ihnen auf der Seele brennt, einen kurzen Hinweis zu geben, möglicherweise, womit wir uns zukünftig auch intensiv noch beschäftigen sollten, bevor ich denn die Schlussrunde einleiten würde mit den meinen beiden zauberhaften Podiumsgästen und auch mit den beiden noch anwesenden pflegepolitischen Sprechern. Genau. Also, wem brennt noch was auf der Leber? Wer will was loswerden? Einmal dort und einmal dort. Ich mache mal dort weiter. Eins, zwei, drei. Ja.

**Jochen Springborn (pflegender Angehöriger)** [1:49:00]

Ja, Jochen Springborn, langjähriger pflegender Angehöriger. Ich möchte auf einen Punkt eingehen. Pflege ist ja keine Frage des Alters und auch pflegende Angehörige sind nicht immer alte Menschen, sondern wir haben auch hier in Berlin eine ganze Menge pflegende Kinder und Jugendliche. Für die hatten wir eine wunderbare Beratungsstelle, „echt unersetzlich“, leider seit vier Monaten geschlossen. Und mich interessiert einfach, was Sie als Politik unternehmen können, unternehmen wollen, dass diese Beratungsstelle wieder in Gang kommt, beziehungsweise wie Sie den Senat dazu bringen, dieses auch denn wieder umzusetzen. Ganz konkrete Frage.

**Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin)** [1:49:47]

Genau. Nehmen wir mal gleich für das Abschlussstatement mit die Frage. Genau. Dann.

**Frau Barki (Beirat der pflegenden Angehörigen)** [1:49:54]

Nochmal ich. Es ging, ich greife nochmal an, was Herr Springborn gesagt hatte. Es gibt also auch definitiv sehr viele Kinder. Und in dem Fall würde ich dann fast Punkt 9 und Punkt 12 zusammenfügen, weil wir haben eine Pflegeverantwortung gegenüber Kinder und gleichzeitig sind das extra Schutzbefohlene. Und wenn wir sie aber auslöschen, „echt unersetzlich“, haben wir jetzt einfach die Stelle weggelöscht und gleichzeitig in diesem neuen Gesetz, dem PNOG, wollen wir auch gleichzeitig

die Verhinderungspflege auch noch ausradieren, was bei Kindern gewisse Einrichtungen gar nicht mehr existieren, beziehungsweise gar nicht vorhanden sind, die können wir gar nicht auffangen. Und dementsprechend fällt das wieder auf die pflegenden Angehörigen. Und dementsprechend, was hat denn sich da dann die Politik eigentlich dabei gedacht, wenn wir gleichzeitig die Stellen wegmachen, gleichzeitig die flexible Verhinderungspflege auslöschen, die eigentlich für Kinder sehr besonders wichtig sind, weil die Eltern machen das ja.

Und in dem Fall ist ja gleichzeitig dieser Schutzauftrag für Kinder, die Sichtbarkeit, die wir ja ansprechen, also die werden ja komplett gelöscht. Das wäre noch ein großer Satz, der für PNOG sehr wichtig ist. Bedenken Sie bitte, das sind Kinder noch da. Nicht nur alte Leute, sondern oder allgemein, sondern wirklich auch Kinder, die haben keinen. Und wenn wir das noch wegmachen, dann ist dem Auftrag mit Sichtbarkeit einfach nur eine leere Wolke. Danke.

**Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin)** [1:51:19]

Ja, vielen Dank. Also einmal die pflegenden Kinder und Jugendlichen und die pflegebedürftigen. Kinder brennen hier noch auf der Seele. Hier war noch eine Frage, beziehungsweise eine Wortmeldung und bei Ihnen schließen wir dann.

**Antonia Schwarz (Seniorenvertretung Steglitz-Zehlendorf)** [1:51:31]

Also ich glaube, dass in so einer Stadt wie Berlin man auch an einen sozialraumorientierten Ansatz denken muss. Also ich denke jetzt speziell zum Beispiel Ansätze, die es im Rollbergkiez gibt, weil es gibt einfach Regionen in der Stadt, wo die sozialen Probleme etwas häufiger auftreten und die Hilflosigkeit größer ist. Also da ist das Stichwort, ob man dafür in Berlin in manchen Regionen nicht auch Community Health Nurses braucht. Ein anderer Begriff ist Gemeindeschwestern. Also solche Ansätze, ich glaube, an so etwas muss man in Berlin auch denken, finde ich auch wichtig.

**Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin)** [1:52:25]

Ja, vielen Dank. Auch ein Ansatz, der ja breit diskutiert wird. Wem sagen Sie, dass ich arbeite in Lichtenberg, Karlshorst bis Hohenschönhausen? Kann ich Ihnen sagen, da kommen Spannungen auf in dem Bezirk. So vom sozialen Gefälle her. Ja.

**Jessica Berg (Pflege in Not / „echt unersetzlich“)** [1:52:46]

Ja, ich bin Jessica Berg von Pflege in Not, und „echt unersetzlich“ die Beratungsstelle war bei Pflege in Not angedockt. Das ist mein erstes Mal heute hier beim pflegepolitischen Dialog. Das ist dem geschuldet, dass ich seit neun Monaten auch keine Projektleitung mehr habe. Also ich finde, es sind, ich nehme sehr viel mit heute und gleichzeitig möchte ich sagen, Strukturen sind da und auch wir von Pflege in Not würden wieder viel, viel mehr, Sie meinten es, Herr Stocksclaeder, viel, viel mehr Informationen über die Lebenswelten auch von pflegenden Angehörigen oder Young Carers geben. Aktuell sind die Strukturen nur so wirtschaftlich gebunden. Wir sind durch den Trägerwechsel wirklich doll ins Holpern gekommen und es gibt viele andere Beratungsstellen, die gerade ums Überleben kämpfen.

Und wir sind vernetzt und gut angedockt. Doch mir fehlt manchmal auch der politische Wille, das weiter umzusetzen. Den habe ich heute mitbekommen. Gleichzeitig habe ich viel gehört, dass wir über Datenbanken reden, wo irgendwelche Kennzahlen angezeigt werden. Ich weiß gar nicht, ob das so in die Lebenswelten passt von pflegenden Angehörigen oder ob das sozusagen die Lösung ist oder dass dahin Gelder fließen sollten. Das wollte ich noch mal vermerken.

**Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin)** [1:54:05]

Ja, vielen Dank auch noch mal für den Hinweis. Trägerwechsel, ein großes Problem. Ist nicht die einzige Einrichtung in Berlin, die aufgrund von Trägerwechsel oder Insolvenz eines Trägers gefördertes Projekt. Hier gerade krachen geht in der Stadt. Genau. Gut. Ich habe gesagt, ich höre jetzt mit Jessica Berg auf und leite dann über zur Abschlussrunde. Genau.

## Abschlussrunde

**Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin)** [1:54:30]

Ich würde die Abschlussrunde gerne mit der Politik beginnen. Würde vorschlagen, dass Herr Ubbelohde vielleicht kurz damit anfängt, uns mitzuteilen, was er von heute mitnimmt. Und ob Sie was gehört haben, was Sie auch als politischen Auftrag mitnehmen würden, dann würden wir mit Herrn Zander fortfahren. Und dann würde ich noch die Abschlussstatements meiner beiden Podiumsgäste gerne einholen. Dann brauchen wir ein Mikro hier vorne.

**Carsten Ubbelohde (AfD)** [1:55:07]

Ja, vielen Dank. Ich sehe jetzt die Herausforderung, dass auch hier nur ein paar Minuten zur Verfügung stehen. Die Zettel sind voll. Und ich will es mal zusammenfassen mit ein paar Punkten. Also ein Portal zu errichten, bei dem es uns gelingen muss, freie Stellen, freie Kapazitäten an die Interessenten und an die, die die Not sehen, zu vermitteln, ist eine lohnenswerte Herausforderung, denke ich, für uns alle. Zu schauen, okay, wenn wir auf der einen Seite Wartelisten haben für die Tagespflege und auf der anderen Seite gibt es freie Plätze, dann müssen wir schauen, okay, wie können wir das eine besser mit dem anderen vermitteln, damit alle Menschen entsprechende Unterstützung und Chancen bekommen, gepflegt zu werden.

Die Herausforderung ist, das ist unsere Herausforderung, die auch Frau Gebel vorhin ehrlicherweise auch angesprochen hat, natürlich immer auch die Frage der richtigen Haushaltsprioritäten und Haushaltsmittel. Und wir müssen uns ein bisschen auch ehrlich machen, um zu schauen, wo geben wir als Land Berlin, wo geben wir als Gesellschaft unsere finanziellen Mittel, Haushaltsmittel rein. Was ist wirklich unabdingbar, was ist Daseinsvorsorge und was ist ein Stück weit auch da nice to have, mag auch wichtig sein, aber in der Prioritätenliste vielleicht ein Stück weiter auch hinten. Das ist eine Diskussion, die wir auch führen müssen. Als AfD haben wir sie auch geführt und haben auch entsprechende Vorschläge gemacht. Die Bezirke sind ein großes Thema, das sehe ich auch so und hier müssen wir schauen, wo liegen die Zuständigkeiten.

Wer ist für was zuständig und hier müssen die Strukturen verschlankt werden und ein Stück weit muss man uns auch ehrlich machen, den Kommunen gegenüber, dem man auf der anderen Seite immer mehr überfrachtet, immer mehr zumutet und auf der anderen Seite bei der Finanzierung häufig auch ein Stück weit im Regen stehen lässt. Auch da müssen wir uns ehrlich machen in Zukunft, denn die Bezirke sind ein ganz wichtiges Schlüsselmoment in der Betreuung, in der Zuteilung der Pflege. Ein Satz noch, Herr Ubbelohde. Das Eigenengagement finde ich ist immer wichtig und das führt mich ja ganz nah an die pflegenden Angehörigen. Eigenengagement, Eigenverantwortung sind Punkte, die mir persönlich wichtig sind und dass die Strukturen, die wir haben, begreifbar gemacht werden und vielleicht auch zusammengeführt werden, damit sie nach außen leichter zu vermitteln sind und leichter zu erkennen sind für diejenigen, die sie wirklich benötigen.

Darf ich noch einen kurzen Satz haben? Notfall. Das ist ein wichtiger Punkt, der mir besonders nahe gegangen ist. Notfall. Die Notfallsituation, denke ich, müssen wir uns in Zukunft stärker beschäftigen und vielleicht zusammengedacht werden mit der Neuordnung des Notfallmanagements, was ja in der

nächsten Zeit sowieso ansteht. Vielleicht müssen wir das auch ein Stück weit zusammen denken und zusammenführen. Danke für die Geduld.

**Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin)** [1:58:15]

Danke. Herr Zander?

**Christian Zander (CDU)** [1:58:20]

Ja, danke. Was nehme ich von der heutigen Veranstaltung mit? Ich nehme positive Dinge mit, dass zum Beispiel Gedanken wie über diese Datenbank oder einen Platzfinder, die wir hier uns machen, dass wir da eigentlich Kompetenzen haben über Pflege 4.0, dass sie mit einem anderen Bundesland im Austausch stehen, in dem das entwickelt wird oder schon mal dabei ist, dass man da also schnelleren Zugriff hat und sich das quasi auch nicht alles nochmal neu erfinden muss. Ich nehme auch mit, dass die Probleme, die hier im Vordergrund standen und stehen, dass es eigentlich auch die Sachen sind, mit der wir uns im Ausschuss auch hauptsächlich beschäftigt haben. Wie kann man Tagespflege, Verhinderungspflege weiter ausbauen?

Wie können die Leute dazukommen? Wie können wir den Zugang leichter machen? Bürokratie wäre der eine Stichwort, aber auch, wie kann man Angebote bekannter machen? Bürokratie ist ja auch das, ist ja auch ein Hemmnis, überhaupt Dinge in Anspruch zu nehmen. Was man ja auch immer wieder hört, sind ja auch gerade, Sie hatten ja gesagt, Sie sind ja einerseits ja als pflegende Angehörige beschäftigt, da haben Sie ja, verbringen Sie sehr viel Zeit, dann sind Sie in der Interessenvertretung aktiv, ja. Ja, so und für viele reicht es auch nicht mal das sehr, die haben ja keine Zeit, sie kümmern sich ja nur um die Angehörigen und können sich nicht so richtig darum kümmern.

Und das wird auch immer wieder gesagt, dann sehen Sie diese Formulare und die Anforderungen, die auf den Weg gegeben werden, um irgendwelche Ansprüche zu bekommen und scheitern dann daran. Ja, das war bei Betroffenen mit Angehörigen mit Demenzerkrankungen auch oft ein Thema. Das ist auch eine Hauptforderung, da die Dinge vielfach zu vereinfachen. Da müssen wir auch noch mal sehr, sehr viel schneller und sehr, sehr viel stärker rangehen. Um das zu tun, ich höre auch in vielen anderen Bereichen, wo Leute in mehreren Bundesländern unterwegs sind, dass wir hier das Bundesland sind, was so das alles leider toppt mit den Anforderungen, mit der Umständlichkeit. Da müssen wir sehr, sehr viel besser werden und uns auch noch mal in anderen Ländern anschauen, dass man sagt, man braucht nicht immer fünf Seiten abfragen.

Eine Seite reicht auch. Wenn andere Bundesländer das schaffen, dann werden wir das auch hinkriegen. Und genau ein Grund davon ist, der auch vielen mitschwingt, wir bringen seit dem Maserati-Fall in Berlin irgendwie den Trägern sehr viel mehr Misstrauen entgegen und wir sollten den Trägern mehr Vertrauen entgegenbringen. Damit würden die Verwaltung entlasten, wir würden die Träger entlasten und hätten dadurch sehr viel mehr Ressourcen, um uns um die Betroffenen zu kümmern. Ja, soweit erst mal. Danke für die gelbe Karte und für Ihr offenes Ohr.

**Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin)** [2:00:42]

Ja, vielen Dank, Herr Zander. Genau. Danke auch noch mal für den Hinweis mit den Trägern. Es ist für manche Träger auch nicht so einfach, hier geförderte Projekte zu übernehmen. Frau Gebel, bitte, was nehmen Sie mit? Was nehme ich mit? Oder was wären Bereiche, die Sie zukünftig als möglicherweise wieder Ausschussvorsitzende dann vorantreiben wollen?

**Silke Gebel (Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit und Pflege)** [2:01:16]

Also ich nehme mit, dass die pflegenden Angehörigen weiterhin eine sehr starke Stimme sind. Jetzt haben ja alle so ein bisschen auch immer sehr stark für ihre eigene Partei gesprochen, ich nicht. Ich wollte mal einen Punkt noch machen, das habe ich anfangs nicht gemacht, weil ich ja auch eine andere

Rolle habe. Wir haben auch den Vorschlag, dass wir wie Schleswig-Holstein pflegende Angehörige in die Berliner Verfassung schreiben. Das mag symbolisch klingen, aber wenn wir über das Thema Anerkennung sprechen, und das ist etwas, was ich mitgenommen habe, weil sie mit A wie Anerkennung ja auch angefangen haben, dann glaube ich, geht es sehr über Sichtbarkeit, über Gedanken verändern.

Und Menschen, die Sorgeverantwortung tragen, werden in der Politik viel zu häufig unsichtbar, weil sie eben nicht die lauten Schlagzeilen dominieren, was ein Riesenproblem ist, meiner Meinung nach. Und auch ganz viele Diskurse und wahlentscheidende Diskussionen sind Themen, wo man sich so fragt, wieso steht jetzt nicht auf den Bildtitelseiten und auch, sag ich mal jetzt gestern, warum steht da nicht ganz groß Pflege und so weiter. Und das hat, glaube ich, ganz viel damit zu tun, dass die Menschen, die das betrifft, deren Schultern immer eingedellt werden, dass die eben, ja, gar keine Kraft haben, das zu tun. Und ich könnte mir vorstellen, in Schleswig-Holstein fand ich auch, dass die Parlamentsdebatten und so weiter einen guten Beitrag geleistet haben, dass mit dieser Aufnahme in die Verfassung, man braucht ja zwei Drittel, also müssten es wahrscheinlich, muss man auch mal fraktionsübergreifen, und man hat ja auch viel Einhelligkeit gehört, das machen, das wäre zumindest etwas, das, genau, wollte ich noch mal kurz ansprechen.

Dann habe ich noch mal, Sie haben ja vor, wir haben uns ja schon vor drei Monaten oder so bei der Diakonie getroffen, da haben Sie das ja schon mal angesprochen, da haben wir das im Ausschuss gefragt, mit „echt unersetzlich“, ich freue mich, dass Sie heute auch da sind, vielleicht können wir ja im Nachgang auch noch mal sprechen. Und es ist tatsächlich so, dass „echt unersetzlich“ immer noch in der Webseite down ist, und das ist, finde ich, schon ein Problem, weil wir haben ja heute, das kam noch mal an ganz vielen Stellen, wurde das deutlich, wir haben gute Angebote, wir haben auch tolle Träger, die tolle Angebote machen, aber ganz häufig sind die Menschen, die diese Angebote brauchen, also das ist ein Problem, kommen nicht zu diesen Angeboten, weil, glaube ich, auch diese Flut von Informationen so enorm ist.

Und wir versuchen das ja schon zu strukturieren über die Pflegestützpunkte. Jeder, der mir schreibt, dem sage ich immer, geh zum Pflege, warst du da schon? Und trotzdem, glaube ich, und das wird eine Aufgabe für die nächste Legislatur sein, dass man sich einmal fragt, okay, was ist eigentlich, wie müssen wir die Leute noch besser dahin lenken? Das löst aber das Finanzierungsproblem, was Sie vorhin aufgemacht haben. Das wird auch noch mal ein sehr großes Brett sein, weil das gehört ja zur Wahrheit auch dazu. Als Sie gesagt haben, welche Probleme die Leute haben, warum sie Angebote nicht wahrnehmen, kam, glaube ich, fünfmal das Thema Geld vor. Und das wird man auch mit Entbürokratisierung nicht lösen können.

Deswegen ist ja auch der Ansatz, den wir haben, noch mal zu gucken, wie man da finanziell mit runtergehen kann, weil zur Wahrheit gehört auch dazu, dass Land Berlin, Sie haben ja das Thema Investitionszuschuss angesprochen, das Land Berlin hat massive finanzielle Schwierigkeiten, aber ich glaube trotzdem, dass man sich dem auch noch mal widmen muss, weil das ein sehr großes Problem ist. Und dann zum letzten Punkt. Weil wir eben diese finanziellen Schwierigkeiten haben, muss man, glaube ich, genau schauen, in welche Ecken gehen wir rein und wo unterstützen wir. Und dieser Ansatz der Sozialraumorientierung, den Antonia Schwarz eben noch mal angesprochen hat, der geht ja genau da, ich glaube, dass der wichtig ist und dafür ist diese Bedarfsanalyse wichtig, weil wir genau da mit Community Health Nurses hingehen, wo wir sehen, da sind die Lücken am größten.

Und man fühlt sich manchmal in der Politik so, als würde man immer nur Brände löschen. Ja, aber trotzdem müssen wir die schlimmsten Notfälle erst mal adressieren, um dann quasi eine Lösung für alle zu finden. Und deswegen glaube ich, brauchen wir integrierte Gesundheitszentren, Community Health

Nurses, um diese Lücken zu schließen. Und das habe ich aber heute auch nochmal verstanden, dass das genau auch in der Realität ja so ankommt.

**Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin)** [2:05:44]

Vielen Dank. Vielen Dank dafür. Wenn ich noch einen Wunsch äußern dürfte, bevor ich Heiner Stocksclaeder nach seinem Schlusssatz bitte, um seinen Schlusssatz bitte. Ich glaube, das ist heute auch oft angekommen, die Bitte an die Berliner Politik, im Bund Widerstand zu leisten, an allen Stellen, wo Bundespolitik versucht, die Situation pflegender Angehöriger zu verschlechtern. Und da gibt es ja einige Punkte im PNOG. Und das ist ja auch mehrfach gefallen, auch von Beiträgen hier von pflegenden Angehörigen. Inständige Bitte, gehen Sie da nochmal in allen möglichen Möglichkeiten, die Sie haben in Ihren Fraktionen, in Ihren Parteien als Länderkammer und leisten Sie Widerstand. Heiner, Abschlusswort für unsere schöne Runde, bevor ich dann das allerletzte Wort habe.

**Heinrich Stocksclaeder (wir pflegen Berlin)** [2:06:54]

Das Erste, das, was Sie auf dem Zettel, auf diesem Überblicksplatz sehen, das ist unterfüttert. Für jeden dieser Punkte haben wir ausführlicher beschrieben, was wir dort vorschlagen würden. Und Sie werden, wenn Sie das durchlesen, feststellen, dass viele Punkte, viele Themen, die hier im Verlauf dieses Abends angesprochen worden sind, dort schon ihren Niederschlag gefunden haben. Es gibt Personengruppen, die haben es, ich würde mal sagen, die haben es besonders schwer oder die stehen vor besonderen Herausforderungen. Dazu, die sind beide benannt worden, heute schon. Die fallen leicht durchs Raster, durchs Rost. Und sie fallen auch mit deshalb durchs Rost, weil es keine Zahlen richtig zu ihnen gibt und weil sie nicht in der Statistik auftauchen.

Nicht hinreichen. Dazu gehören die jungen Pflegenden. Dazu gehören die pflegebedürftigen Kinder, Jugendlichen und ihre Familien. Für die jungen Pflegenden, und das ist ein Thema, was mich auch persönlich ärgert, über die Jahre hinweg, waren wir mal für Berlin so weit, dass es ein übergreifendes Konzeptpapier, ein Rahmenkonzept gegeben hat, an dem die Verwaltungen, Gesundheit, Pflege, Bildung, Familie, Jugend, alle mitgewirkt haben. Mit den Beratungsstellen, „echt unersetzlich“ und Windschatten und der Fachstelle für pflegende Angehörige. Die Strategie zur Unterstützung pflegender Angehöriger hatte dazu gesagt, seinerzeit die Federführung hat die Jugendverwaltung. Dieses Rahmenkonzept ist nicht umgesetzt worden, weil in der Jugendverwaltung man intern nicht regeln konnte, welcher Bereich zuständig ist und wer die Federführung übernimmt.

Und weil die anderen Verwaltungsteile nicht darauf bestanden haben, dass diese Federführung geklärt wird. Und damit ist dieses Ding zerläppert. Das ist etwas, was Verwaltung leisten kann. Und dasselbe Ähnliches gilt für die pflegebedürftigen Kinder. Die landen mit dem, was sie benötigen zwischen allen Sozialgesetzbüchern. Und die Eltern, die laufen sich einen Wolf. Und die Kinder kämpfen überall um ihre Rechte. Und was sie dringend bräuchten, das wäre eine geregelte Federführung, dass für das Land Berlin entschieden wird, welche Verwaltung für die Federführung für diesen Personenkreis zuständig ist und die es dann übernimmt, dass die Dinge vernetzt werden. Und dafür hat Berlin eigentlich hervorragende Voraussetzungen. Denn es gibt einen fachlichen Beirat mit dem Fachbeirat Care Management.

Es gibt eine Geschäftsstelle, ein Projekt dort, das als Geschäftsstelle dienen könnte. Man muss sich entscheiden, klar zu bekommen, wer die Federführung hat und denen auch mit der Federführung die Aufgabe vergeben. Und ein Wort zu Herrn Jachmann, Bezirke. Wir haben im Landespflegeausschuss das Thema Hilfe zur Pflege gehabt. Und es ist dort deutlich geworden, eins. Die Bezirke haben reagiert, haben versucht zu reagieren, aber sie können nur im Rahmen ihrer Möglichkeiten reagieren. Und wenn die Personalausstattung nicht da ist, die sie benötigen, dann kann der eine Bereich sagen, ja, wir geben jetzt was in den Bereich Hilfe zur Pflege hinein, damit es mit der Antragsbearbeitung schneller

wird - Frau Gebel, die Wartezeiten sich verkürzen - aber der Fakt ist, sie nehmen es aus anderen Bereichen raus. Und von daher gehört natürlich das dazu, dass man vernünftig hergeht und sagt, wenn man eine Aufgabe unterlegt, dann muss man sie auch entsprechend mit Ressourcen unterlegen. Okay.

## Dank und Ausklang

### **Frank Schumann (Moderation, wir pflegen Berlin)** [2:11:20]

Jetzt gibt es schon die doppelte und dreifache gelbe Karte. Alles klar, das musst du noch aus. Genau, du hast ja auch noch mal schön aufgegriffen, die letzten Hinweise hier aus der Abschlussrunde der pflegenden Angehörigen. Ja, vielen Dank. Jetzt darf ich mich mal wieder erheben. Oh, und jetzt muss ich gucken, dass ich die Technik hier nicht noch demoliere auf den letzten Metern. Genau, es bleibt mir jetzt nur, mich bei allen zu bedanken, bei meinen netten Podiumsgästen, bei den Vertretern der Politik, bei der Technik. Vielen Dank des Hauses und natürlich auch bei der Hausleitung und bei Frau Hahn. Ich habe sie alle schon genannt. Und natürlich bei Ihnen, liebe Gäste, liebe pflegende Angehörige.

Wir haben noch die Möglichkeit, ja, du darfst schon nach vorne kommen und deine Aufgabe walten. Genau. Wir machen ja traditionell jetzt immer schon ein Get-Together und werden das dieses Mal auch wieder im Casino machen. Wer nicht weiß, wo hier im Hause das Casino ist, der möge den Ortskundigen folgen oder meinen netten Kolleginnen, die hier ortskundig sind. Ihr dürft alle mal winken. Jeder, der weiß, wo das Casino ist. Da, da, da. Na, genau. Hier die beiden Herren natürlich auch. Genau. Also einfach hinten ranklemmen. Ist aber nicht so schwierig. Eine Etage tiefer und steht dann Casino dran ums Eck rum. Genau. Abschließen möchte ich gerne, wer meine Moderation kennt, der weiß, dass ich da einen kleinen Spleen habe mit einem kleinen Abschlusswort, was ich unlängst gelesen habe.

Ich kann nicht mehr sagen, von welchem Schriftsteller, aber das fand ich ganz treffend. Träume verändern nicht die Welt, aber sie helfen uns dabei, die Dinge zu tun, die die Welt verändern können. In diesem Sinne fröhlichen weiteren Austausch und bleiben Sie uns gewogen. Oh, danke schön. Danke, danke.